

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 19 (1905)**

263 (9.11.1905)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-398121](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-398121)

# Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorauszahlung für einen Monat einhalb, Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 M., für zwei Monate 1,50 M., monatlich 75 Pfg. einhalb, Beleggeld.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Inserate werden die fünfgepaltene Korpusgröße oder deren Raum für die Inserenten in Rühringen-Wählmaschinen und Kuppeln, sowie der Pflaster mit 15 Pfg. für sonstige ausserordentliche Inserenten mit 20 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Inserate für die laufende Nummer müssen bis 11 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Redaktion und Druck-Expedition in Bant, Peterstraße 20/22. — Fernsprech-Anschluss Nr. 58, Amt Wilhelmshaven.

**Filial-Expeditionen und Annahmestellen:** Bant: G. Sudenbergs Buchhandlung, Peterstraße; Heppens: C. Sabewasser, Güterstraße; Heidehöle: Joh. Meng, Müllendamm; Jerser: H. Hinrichs, Wönschewall 61; Barel: C. Renc, Schillingstr.; Eidenburg: A. Reimann, Kurw. Str.; Janssen: H. Janssen, Bismarckstr.; Breda: H. D. Eggemann; Rotherham: W. Garmt, Herbestr. 7; Delmenhorst: K. Jordan; Harig: G. Völkgram, Bonaventur; Barden: (Christians) L. Bieringa; Nordern: W. Fintel, Allee 11; Emden: B. Raas, Gr. Weidstr. 16b; Breda: (Christians) A. Renner, Allee 44; Weener: (Christians) Georg Antons.

19. Jahrgang. Bant, Donnerstag den 9. November 1905. Nr. 265.

## Erstes Blatt.

### Die Flottenvorlage.

Die Finanzlage wird beherrscht durch die Flottenvorlage, deren Inhalt man noch nicht kennt. Das letzte Zentrumblatt, bei dessen Partei auch die Entscheidung liegt, die „Rdn. Volks-Ztg.“ schreibt dazu: „In kurzer Frist wird das Geheimnis, welches jetzt noch über der Vorlage schwebt, aufgedeckt sein, aber auch jetzt schon kann jeder in die Verhältnisse des Marinestats Eingeweihte sich leicht ein Bild derselben sowohl hinsichtlich ihres Umfangs als auch ihrer finanziellen Tragweite machen.“

Nach den vom Staatssekretär des Reichsmarineministeriums bereits im März gemachten Angaben soll sich die Vermehrung der Flotte auf sechs große Panzerkreuzer und 36 große Torpedoböden erstrecken. Außerdem stimmen aber alle offiziellen Mitteilungen der letzten Tage dahin überein, daß diese Panzerkreuzer als Schiffe ersten Ranges, ähnlich den neuesten amerikanischen (15 000 T. statt 11 000), gebaut werden sollen; ob auch in der Größe der Torpedoböden eine Veränderung geplant ist, scheint noch nicht festzulegen, mehrere Änderungen lassen jedoch darauf schließen.

Außerdem ist bereits offiziell gemeldet worden, daß die wettzäh zu bauenden Vinienschiffe nicht mehr in ihrer bisherigen Dimensionen (18 000 Tonnen), sondern in Größe der neuen englischen (15 000 Tonnen) gebaut werden sollen. Es werden also einmalige Mehrausgaben nach zweifacher Richtung entstehen, einerseits durch Vermehrung der Schiffsbauten, andererseits durch deren erhebliche Vergrößerung und schwerere Ausrüstung.

Aber auch die fortwährenden Ausgaben werden sich ganz erheblich steigern, besonders im Beharrungszustande, da sowohl die größere Zahl der Schiffe als auch deren größerer Umfang eine bedeutende Vermehrung an Offizieren und Mannschaften, Indiensthaltungen, und sonstigen Kosten herbeiführen wird. Womöglich über die Einzelheiten dieser Mehrkosten noch keine offiziellen Mitteilungen vorliegen, glauben wir doch nicht festlegen, wenn wir die Steigerung des Marinestats aus den geplanten Änderungen schon für die nächsten Jahre auf durchschnittlich mindestens 70 Mill. Mark jährlich gegenüber denjenigen des geltenden Flottengesetzes schätzen. Wir rechnen dabei mit folgenden Faktoren:

- 1) Vermehrungsbauten gegen das geltende Gesetz: für jährlich einen großen Kreuzer von 15 000 Tonnen usw. . . . . 27 Millionen Mark
  - für jährlich eine Torpedoböden, sechs große Böden, alles einschließlich artillerischer u. Torpedoausrüstung . . . . . 9 Millionen Mark
  - 2) höhere Kosten der nach dem geltenden Gesetz vorgesehenen Bauten: für jährlich zwei Vinienschiffe 18 000 statt 15 000 Tonnen Mehrbedarf gegen letzter . . . . . 24 Millionen Mark
  - für jährlich eine Torpedoböden, Indiensthaltung gegen letzter . . . . . 2 Millionen Mark
  - 3) Mehrbedarf an Offizieren, Mannschaften, für Indiensthaltungen, Werkskosten usw. . . . . 8 Millionen Mark
  - mithin eine Ausgabesteigerung von etwa . . . . . 70 Millionen Mark
- jährlich gegenüber dem geltenden Flottengesetz.
- Selbstverständlich wird dieser Mehrbedarf nicht gleich im ersten Jahre sichtbar werden, da die Vinienschiffe und Panzerkreuzer in der Regel eine vierjährige Bauzeit haben, so daß der Höchstpunkt der Mehrausgaben zu 1 und 2 erst 1909, derjenige zu 3 sogar noch später erreicht wird, insofern dürften sich jedoch Mehrkosten im Betrage von 750 600 000 Mark gegen das geltende Gesetz für die Jahre 1906—1917 ergeben, weil die Steigerung im Beharrungszustande den Betrag von 70 Millionen noch übersteigen wird.
- Das geltende Gesetz sollte nach der Geldbedarfsberechnung (Zuschüsse 836 des Deutschen Reichstages 1900) für den geltenden Marinestats erfordern:
- |          |     |                |
|----------|-----|----------------|
| für 1906 | 215 | Millionen Mark |
| " 1907   | 221 | " "            |
| " 1908   | 227 | " "            |
| " 1909   | 233 | " "            |
| " 1910   | 239 | " "            |
| " 1911   | 239 | " "            |
| " 1912   | 241 | " "            |

Nach den Erklärungen des Staatssekretärs der Marine vom März und nach den letzten offiziellen Rundgebungen über die Dimensionen der neuen Panzerkreuzer und Vinienschiffe schätzen wir die Gesamtausgaben für die Marine

für 1906	auf 250	Millionen Mark
" 1907	" 270	" "
" 1908	" 285	" "
" 1909	" 300	" "
" 1910	" 310	" "
" 1911	" 315	" "
" 1912	" 320	" "

Für die folgenden fünf Jahre läßt sich die Steigerung noch nicht genau übersehen. Aus den vorstehend gegebenen Zahlen geht wohl hervor, daß es sich diesmal um große Anforderungen handelt, wenn auch die Ankündigung im Frühjahr 1905 sich auf sechs Panzerkreuzer und sechs Torpedoböden beschränkte.

Ein in der Regel gut unterrichtetes Blatt bringt jetzt die Mitteilung, daß die neuen Mehrforderungen nicht in Form einer Novelle zum Flottengesetz, sondern einfach durch die jeweiligen Etats erfolgen würden. Das ist noch ganz unwahrscheinlich, denn da die Torpedoböden überhaupt nicht im Flottengesetz enthalten sind, ebensoviele die Dimensionen der Panzerkreuzer und Vinienschiffe und deren Kostenbetrag, so könnte es sich im neuen Gesetz nur um die Veränderung einer Ziffer im § 1, Ziffer 2, handeln, wo anstatt 3 bis „9 große Kreuzer“ zu lesen wären.

Gleichwohl glauben wir, daß eine besondere Gesetzesvorlage eingebracht werden wird. Die sechs Kreuzer werden aber nicht die Hauptlast der neuen Vorlage bilden, sie werden den Etat direkt und indirekt in den nächsten zwölf Jahren nur mit etwa 200 Mill. M. mehr belasten, die sechs neuen Torpedoböden direkt und indirekt mit etwa 80 Mill. M., dagegen erfordert die Vergrößerung der nach dem geltenden Gesetz zu bauenden Vinienschiffe auf 18 000 statt 15 000 Tonnen direkt und indirekt in der gleichen Periode mindestens 350 Mill. M., die Vergrößerung der nach dem geltenden Gesetz zu bauenden Panzerkreuzer auf 11 000 auf 15 000 Tonnen direkt und indirekt weitere 70 Mill. M., die Vergrößerung der bisherigen Jahresquote an Torpedoböden etwa 30 Mill. M.

Es entfallen also von den nach unserer Schätzung für die Jahre 1906/1917 sich ergebenden Mehrkosten: nur rund 280 Mill. Mark auf die Vermehrung der Flotte, dagegen rund 450 Mill. Mark auf die Vergrößerung der Schiffsstypen. Das Flottengesetz von 1900 sollte für die folgenden zwölf Jahre eine Gesamtmehrausgabe von etwa 800 Mill. Mark bringen, die jetzt zu erwartenden Mehrforderungen dürften gegenüber dem geltenden Gesetz eine fast ebenso große neue Steigerung der Ausgaben bringen, so daß unser Marinestats, der im Jahre

1895	nach	81	Mill. M.	jährlich
1900	"	155	" "	"
1905	bereits	233	" "	betrag,
in 1912	"	320	" "	betragen würde.

Tropaladem und allem wird das Zentrum auch für diese unerhörte Belastung des Volkes zu haben sein; das läßt sich schon mit Sicherheit einer Rede entnehmen, die der Zentrumsoabgeordnete Erdberger in einer Berliner Kommunal-Wähler-Versammlung vor einigen Tagen gehalten hat.

### Die Revolution in England.

Wittes „einzige Stütze“.

Wie die „Romoje Bremja“ berichtet, erklärte Graf Wittes, der einzige Mensch, der ihn unterließ, sei — Trepow. Wer laßt da? Es muß schon sehr schlimm um Wittes stehen, wenn er sich gezwungen sieht, Trepow für seinen Freund zu erklären. Kann der russische Ministerpräsident sich nur auf diesen Mann stützen, so wird er sehr bald am Boden liegen.

Trepow steht so sicher wie nur möglich. Dem Jaren wurde durch Vermittelung des Barons Frederiks eine Einlage unterbreitet, Trepow abzulehnen. Der Jar machte jedoch auf dieser die Randbemerkung: „Ni sa techo“ („Auf keinen Fall“). Ruwendings wird Trepow sogar als Generalgouverneur von Finnland genannt.

Das neue Ministerium.

Wittes ist nunmehr endgültig zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Finanzminister wurde Schipow, der Wittes Begleiter in Portsmouth war.

### Die Schreden der Gegenrevolution.

Nach in Sufareit eingegangenen Meldungen steht die russische Stadt Ismail in Flammen. Scharen von Pändern durchziehen die Stadt und berauben und morden die Juden. Infolge des Eingetretens des rumänischen Konils, der dringende Vorstellungen machte, kamen Dragoner aus Dauber, welche einen Angriff auf die Pänderer unternahm. Dabei wurden 42 Personen getötet und 114 verwundet.

Aus Riew wird unterm 7. Nov. gemeldet: Der gestern hier käuflich gewordene Zug aus Odessa wurde in Rosbjena angehalten. Von den Passagieren wurden zwölf Juden getötet und viele verwundet. Die Eisenbahnverwaltung weigert sich, den Juden Eisenbahnschiffarten nach Bender, Odessa und Rosbjena zu verkaufen, weil sie ihnen keinen Schutz während der Bahnfahrt bieten können.

Die Bedrohung der Studenten durch die reaktionäre Alliee in Moskau ist zur Tat geworden. 100 000 Rationäre griffen das jüdische Kolleg an, wurden aber zurückgeschlagen, wobei sie 15 Tote und Verwundete verloren. Die Belagerten wurden durch Truppen erlöst.

In der Wostauer Vorstadt in Riga kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Nationalisten, die ein Kaiserbild trugen, und Juden. Zwölf Personen wurden getötet, viele verwundet.

### Finnland unter englischem Protektorat.

Aus Petersburg wird unterm 8. Nov. gemeldet: Ueber Finnland sind hier allerhand Gerüchte im Umlauf. In Semantenkreisen erzählt man, Finnland wolle sich unter englisches Protektorat stellen. Auffallend ist, daß auch alle englischen Korrespondenten gegen Wittes hren und Äußerungen machen, seine Stellung zu erschüttern.

### Die Ruhe vor dem Sturm.

Aus Petersburg wird unterm 7. gemeldet: Der Streik ist vollständig beendet; ebenso haben die Demonstrationen aufgehört und das Leben kehrt in seine normalen Bahnen zurück, doch fragt es sich, auf wie lange, weil das Revolutionskomitee der Arbeiterpartei beschloffen hat, der Regierung noch eine letzte Generalstreik zu leisten, die Ende Dezember oder Anfang Januar stattfinden wird. Bis dahin wird Geld für Waffen gesammelt, das von allen Streikern freiwillig gespendet wird. Die letzte Schloß soll mit dem Sturze des Herrscherhauses enden. Demnach ist die scheinbare Beruhigung nur temporär. Die Agitation arbeitet unermüdet. Die Organisation wird immer fester, und fast glaubt man, daß es kein Zurück mehr gibt. Doch wäre es verfrüht, den Ereignissen vorzugreifen.

Auf verschiedenen Strecken der russischen Bahnen wird der Personen- und Güterverkehr wieder aufgenommen.

### Die Lage in Polen.

In Lodz töteten Kosaken sechs Personen. Aus Warschau wird unterm 7. gemeldet: Das Erschießen von Spiehl auf den Straßen dauert fort; Der Gouverneur schlug dem Minister des Innern vor, der Warschauer Presse dieselben Rechte zu gewähren wie der Petersburger. Der Mangel an Milch, Brot, Fleisch und Petroleum macht sich empfindlich bemerkbar. Ein Leichenzug, an dem 10 000 Personen sich beteiligten, wurde von Militär umzingelt, das einige hundert Teilnehmer verhaftete. Ein Beisatz der Reichsanwaltschaft, ihre Plaidoyers in polnischer Sprache zu halten, wurde vom Gerichtspräsidenten abgelehnt. Die Anwälte wollen daher ihre Tätigkeit einstellen.

Der bekannte polnische Schriftsteller Sieroszewski ist verhaftet worden. Vollge ist auf den Straßen nicht zu sehen. Den Dienst versehen berittene Artilleristen. Die jüdischen Stadtviertel wurden nach Waffen durchsucht.

### Auf der Flucht.

Aus Lübeck wird gemeldet: Es verlautet, daß auf der Flucht von Petersburg nach Paris vier Großfürsten hier eingetroffen sind, die über Hamburg weiterreisen.

### Politische Rundschau.

Bant, 8. November.

### Vollgelehrtenkämms.

Wir haben vorgestern in einem „Blag dai“ abgedruckten Artikel einige naheliegende Schlussfolgerungen gezogen, die sich aus der Demotrativität unserer östlichen und südöstlichen Nachbarstaaten Rußland und Ostpreußen für Deutschland ergeben. Wir schlossen mit der Bemerkung, es sei für die herrschenden Klassen Deutschlands hoch an

der Zeit, sich aus Positionen zurückziehen, die auf die Dauer doch nicht zu halten sein würden. Welche Positionen wir da zunächst meinen, darüber haben wir keinen Zweifel gelassen; es handelt sich um die Eringung des gleichen Wahlrechts für alle Wähler, die bisher noch unter einem ungleichen Privilegienwahlrecht stattgefunden haben, vor allem um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für Frauen.

Ob es in Deutschland bürgerliche Parteien, die auf den Ruf anständiger und freierlicher Gesinnung nur einigermaßen Anspruch erheben dürfen, dann hätten wir aus den Reihen solcher Gegner nur Zustimmung erwarten dürfen. Und gäbe es in Deutschland wirkliche Patrioten, so müßten sich diese heute die Frage vorlegen, ob es nicht weit besser sei, gutwillig dem preussischen Volke Rechte zu gewähren, die nächstens müßige und hierreichliche Volkrechte sein werden, als das Vaterland jenen Stürmen auszuliefern, die die Verweigerung solcher Volkrechte notwendig früher oder später mit sich bringen müßte. Wäre es denn nicht eine Schmach für die deutsche Nation, wenn sie mit minderm Rechte vorlieb nähme als die Völkerschaften des Ostens?

Statt solche ruhige Erwägungen zu fördern haben unsere Ausführungen bei dem Zentralorgan des — deutschen Liberalismus, der Berliner „Nationalzeitung“ einen Lobhudeleffekt erzielt. Und dieser Lobhudeleffekt ist verstärkt worden durch ein Telegramm, das die Redaktion aus Breslau erhalten hat und das lautet:

Im sozialdemokratischen Verein wurde mit großer Mehrheit unter stürmlichem Beifall ein Antrag des Stadtverordneten Löbe angenommen, wonach die Parteileitung aufgefordert werden soll, unverzüglich zu erwägen, ob nicht am Tage nach dem Wiederzusammentritt des Landtags, dem Buß- und Bettag, in der ganzen preussischen Monarchie, insbesondere in den Industriezentren, Straßendemonstrationen zwecks Befreiung des schlechten Landtagswahlrechts anzustellen seien.

Zu dem Antrag Löbe an dieser Stelle Stellung zu nehmen, ist nicht unsere Absicht. Aber wodurch er das Angeln und Nützlichkeits des deutschen Liberalismus erweist, begreifen wir durchaus nicht. Es ist ja richtig, daß in Preußen Straßenaufzüge nur mit Erlaubnis der hohen Obrigkeit stattfinden dürfen, während in London, Paris, New-York, Brüssel usw. die Menschen auch in Massen auf der Straße spazieren und dabei rufen dürfen, was sie wollen. In Rußland und Oesterreich freilich bietet ebenso wie in Preußen das Gehen Handhaben, solche Aufzüge zu verhindern, diese Handhaben haben sich aber zur Zeit als total unbrauchbar erwiesen, sobald man sagen darf, daß das Recht der friedlichen Straßendemonstration heute so ziemlich in allen Ländern der Welt tatsächlich besteht, nur in Preußen-Deutschland nicht!

Nun aber eifert die „Nationalzeitung“ gegen den Antrag Löbe und unsere Ausführungen, die sie als „Kommentar“ zu dem Breslauer Vorschlag bezeichnen, obwohl sie von ihm vollständig unabhängig sind, also:

„Nun, die bürgerliche Welt Deutschlands ist bereit. Das bekannte jüngst gesprochene Wort des Kaisers gilt nicht nur nach außen, sondern auch nach innen. Wir leben nicht in Rußland, aber auch nicht in Oesterreich. Das mögen die Herrschaften um Herrn Löbe reiflich bedenken, ehe sie am Buß- und Bettag auf die Straßen gehen. Die Schuld des deutschen Bürgerturns liegt sich gegenüber all den sozialdemokratischen Provoaktionen dem Ende zu. Quous que tandem...“

Wir registrieren die Tatsache, daß das Hauptorgan des deutschen bürgerlichen Liberalismus als erstes die Drohung anspricht, die Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts solle mit trockenem Pulver und dem geschliffenen Schwert bekämpft werden, daß es als erstes dem friedlichen Ruf des Volkes nach Recht und Gerechtigkeit mit bluttriefenden Gewaltdrohungen begegnet? Es sind das dieselben Herrschaften, deren Papas vor siebenundfünfzig Jahren die Feder am Hut und das vielgelobte Wort im Munde führten: „Schwarz ist das Pulver, rot ist das Blut, golden flackert die Flamme.“ Heute reiten sich die Söhne vor den freiherrlichen Wänschen des Volkes hinter die Bajonettpalatte des Militarismus!

### Die Reichsfinanzen und die konstitutionellen Garantien.

In liberalen Zeitungen kann man jetzt häufig lesen, es werde eine der Hauptaufgaben der Liberalen sein, bei der bevorstehenden Reichsfinanzreform die „konstitutionellen Garantien“ zu schützen. Das Wort klingt wie ein Märchen aus alter Zeit. Damals, als der Liberalismus noch eine durch ihre Stärke achtunggebietende Partei war — zu Anfang der sechziger Jahre — und als die Erinnerung der preussischen Konfliktzeit noch lebendig war, nahm das Bürgerturn Bedacht darauf, die Reichsfinanzen so zu gestalten, daß das Parlament die Hand am Knopf des Beutels hielt. Dazu sollten die Ministerialumlagen dienen, die großen Einnahmestücken, die das Reich von den Bundesstaaten zu fordern hatte und die nur gefordert werden konnten auf Grund eines jährlich neuzubestehenden Gesetzes.

Das „Einnahmewilligkeitsrecht“, das so für den Reichstag geschaffen war, hat aber, so lange es besteht, noch niemals als parlamentarische Waffe gedient. Die deutschen Reichskanzler haben Sünden auf Sünden gehäuft, sie haben die Rechte des Reichstags schmächtig mißachtet, niemals aber hat die bürgerliche Mehrheit damit geantwortet, daß sie jene Fächer der Reichskasse verließ, von denen sie verfassungsrechtlich die Schlüssel führte. Allemal, wenn in den verschiedenen geplanten oder durchgeführten Reichsfinanzreformen die finanzielle Bedeutung der Ministerialumlagen tiefer und tiefer sank, erhoben die Liberalen ein schmerzliches Geschrei über den Verlust der „konstitutionellen Garantien“.

Die neue Reichsfinanzreform wird nun vorausichtlich die konstitutionelle Bedeutung der Ministerialumlagen auf Null reduzieren, und es fragt sich, was dann geschehen soll. Wenn die Reichsfinanzwirtschaft selbständig aus sich

hellen und Verbrauchsteuern befreit wird, dann gibt es für den Reichstag nur mehr zweierlei: entweder das ganze Einnahmewilligkeitsrecht oder — gar keines!

Für den Augenblick ist es, wie gesagt, gleichgültig, ob das Einnahmewilligkeitsrecht des Reichstags ganz verschwinden oder aber eine erhebliche Ausdehnung erfahren soll. Sinn hat es nur dann, wenn es überhaupt möglich ist, daß eine Parlamentariermehrheit eine Regierung durch Verweigerung der Einnahme zum Rücktritt zwingt, und nur einer solchen Regierung Gelder bewilligen will, die aus ihrer Mitte entnommen ist und nach dem politischen Programm der Mehrheit regiert. Kurz und gut, das Einnahmewilligkeitsrecht ist ein gleichgültiger und leerer Aufpusch für ein Parlament, das nicht die Kraft hat, es zu handhaben. Für ein Parlament aber, das mit seinen Rechten hauszuhalten weiß und bereit ist, ihre Anwendung auch durch die schwersten Konflikte hindurch zu ertragen, ist das Einnahmewilligkeitsrecht die Grundlage einer wahrhaft konstitutionellen Verfassung und eines parlamentarischen Regimes.

Die Sozialdemokratie ist keine bedeutungslose Bewunderin des bürgerlichen Parlamentarismus. Weil sie aber in seiner reinen Durchführung einen Fortschritt gegenüber dem halbabsolutistischen Regierungssystem in der Richtung der Demokratie erblickt, wird sie bei der bevorstehenden Reichsfinanzreform mit aller Schärfe dafür eintreten, daß die Zoll- und Steuereinnahmen des Reichs der jährlichen Bewilligung durch den Reichstag unterworfen werden. Ob sie bei diesem Bestreben die Unterstützung jener Parteien finden wird, denen die „konstitutionellen Garantien“ besonders ans Herz gewachsen sind, kann in aller Ruhe abgemerkt werden.

### Deutsches Reich.

Der Kranke Mann als Arzt.

Aus Berlin wird unterm 8. November gemeldet: „Bei den Regierungen der Großmächte ist getrennt der offizielle Vorschlag Oesterreich-Ungarns und Rußlands zu einer Flottendemonstration gegen die Türkei eingegangen.“

Der Kranke Mann in Konstantinopel soll also dazu herhalten, den von ihren Völkern von innen her in die Enge getriebenen Doppeladlern nach außen hin Luft zu schaffen. Es wird sich jetzt zeigen, ob die innige Freundschaft, die Wilhelm II. mit Abdul Hamid verbindet, härter ist als die Sympathie für Nikolaus II. Da wir an einer Flottendemonstration gegen den Türken auch nicht das allergeringste Interesse haben können, wäre eine Beteiligung Deutschlands an dieser Verlegenheitsaktion Bärenschens und Franzis ganz unanständig. Der genialen Diplomatie Bälows würde allerdings aus dieser Streich zusutragen sein.

Berlin, 8. Novbr. Wie die „Nat. Ztg.“ hört, steht die Veröffentlichung der Grundzüge der Reichsfinanzreform und der dazu gehörigen Steuervorlage in Aussicht, sobald der Bundesrat darüber endgültig Beschluß gefaßt hat, was noch im Laufe dieser Woche der Fall sein dürfte.

— Don Alfonso XIII., der 19jährige König von Spanien, weilt gegenwärtig in Berlin. Politisch ist der Besuch ohne jede Bedeutung, obwohl er natürlich zum Anlaß der Ablichen Pomp- und Prachtentfaltung gemacht worden ist, deren Kosten größtenteils die kaiserlichen Steuerzahler zu tragen haben. Als Hauptsehenswürdigkeit für Kinder und junge Leute wurde dem König die Bereidigung der Garde-truppen gezeigt.

Die Reichs-Erbchaftsteuer erweist sich immer mehr als hohes Kompost, das man lediglich dem Stengelschen Steuermeru deshalb zugefügt hat, um das gestiefelte Kagnout, das dem Reichstag vorgelegt werden soll, etwas ertragreicher zu machen. Wie die „Berl. Post. Nachr.“ zu melden wissen, sollen die Erbchaften, die Ehegatten und Nachkommen in dritter Linie zuerbhalten, steuerfrei bleiben. Es wird also, da außerdem aus dem Steuerertrag vorläufig auch noch die Einzelsachen, die schon bisher die Landes-Erbchaftsteuern eingeführt hatten, entsprechend entschädigt werden sollen, für den Reichsstaat recht wenig übrig bleiben. Desto schärfer wird die Tabak- und Biersteuer gehalten müssen.

Eine Vermehrung der bestehenden Freibanken, namentlich auf dem platten Lande, hat Herr v. Pöbblers in einem Bescheide an die preussische tierärztliche Zentralvertretung zu fördern verstanden. Eine diesen Zweck anstrebende allgemeine Verfügung befindet sich im Stadium der Vorbereitung. — Dazu berichtet die „Berliner Tierärztliche Wochenchr.“, daß im Landwirtschaftsministerium Beratungen über etwaige bessere Verwertung des Freibankfleisches geführt worden sind. Als tierärztliche Sachverständige waren Professor Dr. Oettag und Direktor Gohlz zu den Beratungen zugezogen, die vorläufig nur einen informativsten Zweck hatten.

Ob die Herren Agrarier sich um dieses minderwertige Fleisch reihen werden? Wir glauben es nicht, aber sie werden die neuen Freibanken als eine willkommene Gelegenheit betrachten, auch das Reich zu hohen Preisen loszuschlagen, das sie jetzt den Konsumenten nicht verkaufen dürfen.

Die ewige Landtagswahl. Aus Reutzb. (Bayr. Pfalz) wird gemeldet: Die Landtagswahlordnung, die in den verschiedenen Wahlgängen 17 mal ergebnislos verlaufen ist, verließ auch am Montag wieder ergebnislos. Eine Einigung kam nicht zustande. Als neuer Termin wurde der 8. Januar 1906 festgesetzt.

Bei den Gemeindevoten in Nürnberg am Montag siegte die freisinnig-liberal-demokratisch konservativ-mittelständische Mitte mit etwa 8100 Stimmen gegen die Mitte der Sozialdemokraten, auf die, der „Frei. Ztg.“ zufolge, ungefähr 5400 Stimmen entfielen. Gegenüber der letzten Wahl im Jahre 1902 verzeichnen die Sozialdemokraten einen Stimmenzuwachs von durchschnittlich 1700, die bürgerlichen Parteien einen solchen von etwa 800 Stimmen. Die 5400 Stimmen, die wir erlangen haben, sind rein sozialdemokratische Stimmen,

alle bürgerlichen Elemente, die sonst noch für uns stimmten, sind zum Wechsels Übergang, weil unser Gemeindevotprogramm, das gemeinliche Bäderreise, Weisgeriere usw. forbert, sie losziehen gemacht hat. Wenn die nächsten drei Jahre tüchtig ausgenutzt werden, um möglichst viele Arbeiter zum Erwerb des Bürgerrechtes zu veranlassen, so werden die nächsten Wahlen noch ein ganz anderes Bild zeigen.

Gebete aus dem Herzen seiner Untertanen. Dem jungen König von Spanien ließ in Berlin eine Frau verfaßt werden. Als künftige spanische Königin wird die Medlenburg-Schwerinische Herzogin Marie Antoinette genannt, eine nahe Verwandte der preussischen Kronprinzessin. Marie Antoinette besitzt die beiden einzigen Eigenschaften, die für eine spanische Königin erforderlich sind, sie gehört dem hohen Adel an und ist katholisch. Bei der Galafeier im Berliner Schloß hielt nun Wilhelm II. einen Trinkspruch auf seinen künftigen Verwandten Alfonso von Spanien und sagte dabei: „Eure Majestät dürfen versichert sein, daß aus dem Herzen meiner Untertanen sowohl wie meines Hauses und aus meinem stets Gebete zum Himmel aufrufen werden für das Wohl Eurer Majestät, des spanischen Volkes und Eurer Majestät erlauchten Königshauses.“

Die deutschen Untertanen sind dann jedenfalls dem spanischen König viel treuer ergeben als die spanischen Untertanen. Diese sind so von der Hungersnot geplagt, daß sie gar nicht daran denken, für den König zu beten, der für sie gewissermaßen der Repräsentant der Hungersnot heraufbeschwörenden Staatsordnung ist.

Zur Lohnbewegung der Pastoren. Den kommenden medlenburgischen Landtag wird auch der Antrag, betreffend Vollerhebung der Pastoren, beschäftigen. In den Medlenburger Nachrichten“ wird nun Stimmung gemacht für die „armen Pastoren“. Damit die „Vollstretter“ es auch ja nicht verzeihen, wird ihnen in dem Junfermann in freundliche Erinnerung gebracht, daß „Staat (lies: Agrarierturn und Kapitalismus) und Kirche zwei auf einander angewiesene Gottesordnungen“ seien. — Das Gutsbesitzerparlament wird verziehen!

Der Prozeß gegen den Diözesanpfarrer Sachstein, der heute (Wittstock) zum vierten Male das Militärgericht beschäftigen sollte, ist vertagt worden, weil der Verteidiger des Angeklagten behindert ist. Ein neuer Verhandlungstermin ist noch nicht festgesetzt worden.

Die Kuffen in Memel. Aus Memel wird unterm 7. gemeldet: Einer der vorgestern hier eingetroffenen Torpedobretzer ist heute nachmittag nach Petersburg zurückgekehrt. Am Nachmittag ging das Torpedoboot „D 7“ in See. Das Torpedoboot „S 120“ ist von Petersburg hierher zurückgekehrt. Die Nachricht, daß zwischen Petersburg und Memel eine Funkenprüfungs-Verbindung hergestellt worden sei, hat sich, wie das „Memeler Tageblatt“ meldet, bisher nicht bestätigt.

### Aus dem deutschen Kolonialgebiete.

Die neueste Hubschot aus Südwestafrika meldet 21 Tote, 35 Verwundete und 3 Vermißte.

### Oesterreich-Ungarn.

Vor dem Zusammenbruch. Aus Wien wird unterm 7. November gemeldet: In sieben hiesigen Bezirken fanden gestern Abend zahlreich besuchte sozialdemokratische Versammlungen statt, in denen die Arbeiterführer unter großem Beifall der Anwesenden die russische Revolution, die letzten Wiener Ereignisse und das Wahlrecht beprachen. Nach Schluß der Versammlungen gegen die Teilnahme unter Kufen für das allgemeine Wahlrecht durch die Straßen. Ein ersterer Zwischenfall ist nicht vorgekommen.

Die Leitung der sozialdemokratischen Partei beschloß, sofort mit allen Arbeiterorganisationen im ganzen Reiche in Verhandlungen zu treten und ein einheitliches taktisches Vorgehen im ganzen Reiche festzusetzen, ezent. den Generalstreik zu organisieren und zu proklamieren. Bis zur Beendigung der Verhandlungen soll die Arbeiterchaft weitere Demonstrationen auf den Straßen unternehmen und sich im besondern von Provoationen fernhalten, sowie vor bedenklichen Elementen in Acht nehmen. Dergest sollen sich die Sozialdemokraten mit der Obstruktion der Eisenbahnbesten begnügen, deren Landeskonzepte in Prag gegen beschlossenen hat, die Obstruktion auf alle Bahnen in Böhmen und alle Stationen Oesterreichs auszudehnen.

Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, wurden wegen der jüngsten Ausdehnungen an der Wiener Universität sechs Studenten, die sämtlich dem deutschen Hochschulanklasse angehören, relegiert. Vier erhielten das Consilium abeundi.

Aus Prag wird unterm 7. d. M. gemeldet: Oestern nachmittag und abends wiederholten sich die Demonstrationen in der Stadt und den Vorstädten. Eine große Menschenmenge zog singend und lärmend durch die Straßen, schlug in der deutschen Turnhalle mehrere Fenster ein und zertrümmerte die Schaufenster. Die Gendarmen räumte mit Hilfe von Militär die Hauptstraßen und drängte die Demonstranten in die Vorstädte zurück. Das Polizeikommissariat in Jelslow wurde wegen der Verhaftung eines sozialdemokratischen Vertrauensmannes von einer Menge belagert und mußte von Militär entsetzt werden. In den Vorstädten basierten die Demonstrationen noch mehrere Stunden fort, während in der Stadt verhältnismäßig Ruhe herrschte. Halbunwürdige Burden und allerlei Elemente, die mit der Arbeiterchaft nichts zu tun haben, erzielten an zwei Stellen Barrikaden und bewarfen das Militär mit Steinen, sie wurden jedoch verdrängt und die Barrikaden zerstört. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Abends 11 Uhr herrschte überall Ruhe. Das Militär und die Gendarmen sind zurückgezogen worden. Wegen der Vorgänge in den letzten Tagen und der Haltung der Subjekten sind die Polizeileitungen an der Technischen Universität bis auf weiteres eingestellt.

Alte politische Nachrichten. Unter dem Verdacht, ein Attentat auf den König von Spanien geplant zu haben, wurden am Montag vormittag in Madagden drei Spanier ver-



hottet. Es stellte sich später heraus, daß sie ganz harmlose Reisende waren. — Der französische Minister hat die Ergänzungs-wahlen für den Senat auf den 7. Januar 1906 festgesetzt.

**Gewerkschaftliches.**

**In den Vorgängen bei Krupp in Essen**, über die wir berichteten, wird noch aus Essen geschrieben: Am 3. d. M. fand eine Fabrikbesprechung der Tageschicht des Rammens-refforts nur für die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-verbandes statt. Der Polische Saal in Essen, welcher 2000 Personen faßt, war überfüllt. Eingehend wurden die letzten Vorkommnisse besprochen. Von sämtlichen Rednern wurde die Sonntagsarbeit entschieden verurteilt, sowie die Ab-regelung des Rollens Rhythms. Folgende Resolution wurde von über 2000 Mitgliedern, die dort anwesend waren, ein-stimmig angenommen:

„Die heute im Saale des Herrn Post-Essen tagende Fabrikbesprechung der Gussstahlfabrik, von 2000 Personen besucht, protestiert ganz entschieden gegen die Aufhebung der Sonntagsarbeit. Die Beschlüsse sind der Meinung, daß durch das Ueberstundennutzen und die doppelte Schicht schon vollst. für die Kranenbauer gefordert wird. Daher lehnen die Arbeiter es entschieden ab, an dem gefälligen, für alle Menschen bestimmten Rubetage, dem Sonntag, zu arbeiten. In der heutigen Zeit, wo man die Arbeiter von allen Seiten mit der Religion zu beglücken versucht, sollte man nicht vergessen, daß auch die Religion vorschreibt: Sechs Tage sollst du arbeiten und am siebten Tage ruhen. Die Fabrikbesprechung erwartet von der Direktion, daß sie den Wünschen der Arbeiter Rechnung trägt, die Ueberstunden auf das notwendige Maß einschränkt und die Sonntagsarbeit verbietet.“

Die Fabrikbesprechung protestiert ferner dagegen, daß sich der Betriebsführer Rippert erlaubt, sich in Angelegenheiten privater Natur der ihm unterstellten Arbeiter zu mischen, indem er einen Arbeiter mahnt, der nur getan hat, was ihm der § 152 der Gewerbeordnung erlaubt.

Die Besprechung nimmt an, daß auch bei dieser An-gelegenheit die Direktion nicht beteiligt ist und nach Klärung der Sachlage dem Herrn Betriebsführer Rippert ausbleibt, die gefälligen Bestimmungen zu achten. Die Anwesenden erwarten, daß sich alle mit dem gefälligen Kollegen solidarisch erklären. Die Anwesenden verpflichten sich, treu zur Organisation zu halten, in keinem Falle zurückzutreten, sondern unentwegt die gefälligen Rechte zu wahren.“

**In der sächsisch-thüringischen Textilindustrie** beginnt der Kampf wieder größere Schärfe anzunehmen. In Oerz-famen die Wessler und Truder sämtlicher Färbereien der geplanten brutalen Absperrung zuvor, indem sie am Dienst-tag die Arbeit niederlegten. Die Lage ist sehr gespannt. Militär wird bereit gehalten. Das fehlt natürlich noch, um die hungernden Weber, die ein Stückchen Brod mehr für ihre lauzer und langfristige Arbeit erhalten wollen, mürbe zu machen. In Oerz haben etwa 15 Proz. Arbeitswillige die Arbeit wieder aufgenommen; im übrigen Verhältnis auch in den übrigen Weberorten. — Durch die Öffnung der Betriebe für die Arbeitswilligen glauben die Textil-barone die Absperrung zu einem „Streik“ gemacht zu haben und sie hoffen, daß die Masse des Textilarbeiter-verbandes bald geleert sein wird. Wenn die angebotene Absperrung der Arbeiter der Färbereien am Sonnabend eintritt, so ist es nicht ausgeschlossen, daß dann im ganzen Bezirk ca. 40.000 Arbeiter und Arbeiterinnen brodlos sind. Und das alles, weil die Arbeiter bei den teuren Zeiten eine kleine Aufbesserung haben wollen und haben müssen.

**Lokales.**

**Wien, 8. November.**

**Wieder eine Beschränkung der Gewerbesteuer** hiesiger Gebiete. Die Stadt Wilhelmsbad und das Amt Rätzingen bilden im öffentlichen Verkehr ein Ganzes und Grenzen sind in jeder Beziehung nicht gezogen. Die Post kennt nur eine Ortstaxe und schon beginnt man praktische Weise gemeinsam kommunale Einrichtungen zu schaffen, wie Schlachthaus und Kanalisation. Auch das polizeiliche Meldewesen ist fast aufs Haar übereinstimmend geschaffen und das Befahren herrscht vor, alle Ortbestimmungen möglichst übereinstimmend auch mit Wilhelmsbad zu schaffen. In Anbetracht dieser an-gestrebten Harmonie, die einen Fortschritt bedeutet, aber auch ein Gebot der Gerechtigkeit, daß sich auf gewerblichem Gebiete Wilhelmsbad auf einen ereignisreichen Standpunkt stellt. Wir wollen heute garnicht an die abnehmende Stellung-nahme gegenüber der projektierten elektrischen Bahn und an die Einführung der Biersteuer erinnern. Noch fortgesetzt ist Wilhelmsbad dabei, sich mit einer sinesischen Bauer zu umgeben. Das Privilegium der Wilhelmsbader Droschkenfah-ler, die nur allein in Wilhelmsbad Gütle aufnehmen dürfen, haben wir bereits entsprechend gewürdigt. Jetzt kommt die Kunde, daß die aus den oldenburgischen Ge-meinden kommenden Kohlenhändler in Wilhelmsbad Wändergewerkschaft aufweisen müssen. Der § 55 der Gewerbeordnung besagt:

„Wer außerhalb des Gemeindebezirks seines Wohnortes oder der durch besondere Anordnung der höheren Ver-waltungsbehörde dem Gemeindebezirk des Wohn-orts gleichgestellten nächsten Umgebung derselben ohne Begründung einer gewerblichen Niederlassung und ohne vor-zehrig Stellung in eigener Person Waren feilbietet, bedarf eines Wändergewerkschafts.“

Statt so ganz plötzlich für die Kohlenhändler der olden-burgischen Gemeinden eine in deren Verhältnisse schwer er-schwerende Wohnnahme zu treffen, die zweifellos nach dem Ge-sets zulässig ist, hätte man doch besser die ebenfalls durch das Gesetz zulässige Erweiterung des Handels, die bisher bereits in der Praxis da war, auch formell schaffen können. — Solche rückwärtsgehende behördliche Maßnahmen werden in der Bevölkerung als offensichtlich feindselige Handlungen gegen die hiesigen oldenburgischen Gemeinden betrachtet, und es würde kein Wunder sein, wenn dieselben entsprechende Gegenmaßnahmen ergreifen. — Wo bleiben aber hier die be-rufenen Vertreter des Handels und des Gewerbes und die

sonstigen Vereinigungen, die scheinbar nur auf den Plan treten, wenn es gilt, der fortschrittlich denkenden Arbeiter-schaft in den Rücken zu fallen? Hier gibt es Arbeit!

**Der Wasserurm des Wasserwerks für das Amt Rätzingen** wird von heute ab bis zum 14. d. Mts. einer Renouierung unterworfen. Das Reservoir wird in dieser Zeit leer sein, doch wird die Leitung des Wassers nicht unterbrochen werden. — Wie wäre es denn, wenn bei diesen Renouierungsarbeiten auf dem Turm gleichzeitig eine Aussichtsstelle geschaffen würde? Diefelbe würde doch ge-wiß eine recht nette Einnahmequelle werden.

**Die Postkarten in Blods zu 10 Stück** sind auch beim hiesigen Postamt eingegangen und werden jetzt zum Preise von 20 bzw. 50 Pf. abgegeben. In Blods vorhanden sind die Zweifelnig- und die Fünfelnig-Postkarten.

**Wilhelmsbad, 8. November.**

**Zur Notzunahme für den Militär-Verkehrs-Kun-schulz.** Die Arbeiterauschüsse der Artilleriewerkstätte und der Geschützfabrik in Spandau haben an die Feldzeug-meisterei eine Eingabe gerichtet, in der unter Hinweis auf die herrschende Teuerung der notwendigen Lebensmittel um eine allgemeine Lohnerhöhung um 15 Prozent für die Ar-beiter der Militärwerkstätten gebeten wird. — Auch für die hiesigen Werftarbeiter ist eine Lohnerhöhung in Anbetracht der Teuerung mehr als notwendig. Gerade jetzt würde es die geeignete Zeit sein, um bei der Fertigstellung des Marine-ets, bei dem es sich um viele Millionen handelt, auch für die Arbeiter das Notwendigste herauszuschlagen.

**Die Verwaltung der hiesigen Gewerkschaft** erinnert an die Einrichtung der Gesellschaften an dieser Schule. Der Besuch ist freiwillig für über 18 Jahre alte Schüler. Das Schulgeld beträgt 2 Mk. pro Monat. Der Unterricht wird an den drei ersten Tagen der Woche abends von 8 bis 9 Uhr erteilt in Mechanik und Physik, Algebra und Geo-metrie, Buchführung und Geschäftsstunde. Außerdem können die Schüler der Gesellschaften sich am Jahreshaupt ihres Gewerbes beteiligen und zwar Hochbau, Schiffbau und Maschinenbau.

**Im Theater im Kaiserpal wird heute Abend** das soziale Schauspiel „Ausgewiesen“ wiederholt.

**Deppens, 8. November.**

**Von einer großen Schlägerei beim „Zoo“** war in einer „Tageblatt“-Notiz die Rede. Da dies so aussieht, als ob sich Gütle des Gewerkschaftshaus „Zoo“ ge-schlagen hätten, eruchen interessierte Kreise um Veröffentlichung der Mitteilung, daß die Schlägerei an der Ecke der Biomard- und Gohlerstraße in Wilhelmsbad stattgefunden hat und daß „Zoo“-Gütle nicht die Beteiligten waren.

**Aus dem Lande.**

**Oldenburg, 8. November.**

**Gegen den Fortbildungslehreunterricht** laufen durch Eingeladene in den hiesigen Zeitungen Handwerksmeister Sturm. Sie fordern die Verringerung der Stundenzahl und die Belegung der Unterrichtsstunden in die Abendzeit resp. Sonntag vormittags. Um ihren Zweck zu erreichen, soll eine „Protestversammlung“ einberufen werden. — Jeder blankiert sich, so gut er kann.

**Das städtische Oldenburg.** Die Vertreter der „göttlichen Weltordnung“ und die Stillschleppspolizei sehen gewöhnlich in erster Linie den Nachstoß der Unjustizität an dem Stand der unehelichen Geburten. Wir stehen natürlich nicht auf diesem Standpunkte. Wenn man über diesen Grundstoß gelien lassen will, so dürfte die Residenz Oldenburg nachgerade die unästhetischste Gemeinde im ganzen oldenburgischen Lande sein; denn nach dem Standesamtsregister (siehe standes-amtliche Nachrichten im 2. Hefte d. R.) sind in der Zeit vom 30. Oktober bis 5. November deren sechs ehelichen nicht weniger als fünf uneheliche Geburten zu verzeichnen gewesen. Da schimpft man nicht mehr auf das „verrufene“ Wam und Delmenhorst! Und die Wirtungen der Ausstellung werden vielleicht noch andere Zahlen bringen.

**Die trauernden Frauen Oldenburgs.** In einem Ein-gangsbild der „O. Nach.“, unterzeichnet von „mehreren Oldenburg-Frauen, die nicht den oberen Rangklassen angehören“, erklären sich dieselben tief verletzt darüber, daß die Damen der höheren Beamten der Herzogin Sophie Charlotte ein Hochzeitsgeschenk zu machen beabsichtigen. Sie bemerken dazu: „Man beachte genau die Ausdrücke! Das ist die traurigste Blüte des im liberalen Oldenburg herrschenden Raitengewettes. Wir bedauern nur, daß dadurch eine vielseitig wertvolle Arbeit, ein allgemeines Geschenk der Frauen Oldenburgs unmöglich gemacht wird.“ — Sollte denn den unglücklichen Frauen nicht geholfen werden können?

**Delmenhorst, 8. November.**

**Die Straßenhändler** an den nach der neuen Wege-ordnung neu benannten Straßen und Wege werden in den nächsten Tagen angebracht.

**Geldloß** ist mit der Aufbesserung der Straßen im Tappentort begonnen worden. Wie lange diese Aufbesserung Abhilfe schafft, sieht dahin. Eine gründliche Abhilfe kann nur durch Kanalisation und Pflasterung geschaffen werden.

**Kleine Mitteilungen aus dem Lande.** Eine Angel in die rechte Schilde schloß sich in einer Wirtshaus in Bremerhaven ein junger Matrose. Der Tod trat sofort ein. — Fröhlichen wurde auf der Weide eine Kuhne des Landmanns Rentel in Setel. Das Tier war ganz oerrußert und ließ sich nicht einfangen. — Wegen des aufstrebenden Schachlatsch ließ die Schulen in Augustfehn ge-schlossen. Die Konfirmanden von dort dürfen aus demselben Grunde nicht an dem Konfirmandenunterricht in Upen teilnehmen. — Vermittelt wird der zwölfsährige Sohn eines Arbeiters aus Oenen. Derelbe sollte ein Werk nach der Dammelswäber Dampfmaschine bringen. Man glaubt, daß der Knabe in die Wäfer gefallen und ertrunken ist. — In Wapenburg fiel der zwölfjährige Sohn des Steuermanns Tombrink in den Kanal und ertrank. — Eine Reichsbahn-Rebenstelle soll in Warel errichtet werden.

**Aus aller Welt.**

**Ballonauflieg.** Am Donnerstag 9. d. M. finden in Etzrahurg in den Morgenstunden internationale wissenschaft-liche Ballonaufstiege statt. Es steigen Drachen und be-mannte oder unbemante Ballons in den meisten Haupt-städten Europas auf. Der Führer eines jeden unbemannten Ballons erhält eine Belohnung, wenn er der jedem Ballon beigegebenen Instruktion gemäß den Ballon und die Instrumente sorgfältig dirigiert und an die angegebene Adresse sofort telegraphisch Nachricht sendet.

**In dem Berliner Reineidsprozeß** gegen die Kranken-wärterstochter Helene Gröseling, den Diener Karl Voigt und die Portiersfrau Tischerer, die vor mehreren Jahren gegen den Landgerichtsrat Ohm, den Leimentsollverreiter des im Jahre 1901 verstorbenen Rommergermats v. Zimmer-mann, auf Anklagen der Frau v. Zimmermann unter Eid Anschuldigungen wegen Abzinsung und Drohung machten, erkannte der Gerichtshof bei Helene Gröseling auf Frei-sprechung, gegen den Diener Voigt auf 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust und gegen die Portiers-frau Tischerer auf 1 Jahr Gefängnis unter Anwendung von zwei Monaten Unterludungshaft.

**Schredentat einer Wahninnigen in Hamburg.** In der Nacht zum Montag hat die Frau des in der Renn-bahnstraße 85 in Horn wohnenden Lehrers Admig in einem Anfälle von Wahninn durch Schüsse aus einem sechs-läufigen Revolver ihre Tante getötet und ihren Mann schwer ver-letzt. Die Frau, welche schon seit längerer Zeit Spuren des Irrens an den Tag gelegt hatte, war in den letzten Tagen besonders schwermütig gewesen. In der vergangenen Nacht stand sie auf, holte den geladenen Revolver und vollbrachte die furchtbare Tat. Die zu Hilfe gerufenen Nachbarn und die alarmierten Polizeibeamten leisteten dem schwer ver-wundeten Lehrer Hilfe; die unglückliche Frau wurde ver-haftet. Weiter wird noch gemeldet, daß die Frau Admig seit längerer Zeit nervenleidend ist; die Tante hat einen Schuß in den Kopf erhalten, der Lehrer Admig, der auf das Geräusch der Schüsse aufsprang und in das Neben-zimmer eilte, in dem die Tante schlief, erhielt einen Schuß in die Hüfte.

**Kleine Tageschronik.** Beim Bahnbau in Freudenberg. Rote Mühle bei Egen bedrohten Aaroten den Rantennet-Weber, der darauf einen mit dem Revolver erschöß. — Der In-haber des Warenhauses Böhm, Rantmann Böhm in Sochu in hat sich erschossen. — Zu der Jubiläumseinführung der Schulstiftung Hermann Busch in Pr. Stargard teilt die „Zeviger Zig.“ mit, daß zwei Söhne Buschs wegen Verfalls der Beschlüßfassung ver-haftet worden sind. — An der Haltestelle eines Beortzuges von Rünchen ruht sich, während der Zug noch im Fahren war, der bereits auf dem Trittbrett stehende Vinolenfabrikant Schwarz-haus ab, geriet unter den Zug und wurde getötet. — In Etzrahurg klärte sich der Händische Seminarist Hoffmann, weil er wegen Unbotmäßigkeit aus dem Lehrerseminar entlassen worden war, aus dem zweiten Stockwerk des Lehrerseminars in den Hofraum und blieb sofort tot. — Der Häusler Balzgal in D. Itrowo wurde wegen Ermordung seines Einwohners Wilschloß vom Tode verurteilt; die mitangelegte Ehefrau wurde freigesprochen.

**Neueste Nachrichten.**

**Berlin, 8. Nov. (M. L. B.)** Das „Tagebl.“ meldet aus Dresden: Der Bezirksverband Sachsen des deutschen Fleischerbundes richtet an den Landtag und die Regierung eine Petition um Abänderung der Fleischnot und um Auf-hebung der staatlichen Schlachtviehversteuerung.

**Eisenach, 8. Nov. (M. L. B.)** Reichstagswahl. Bisher wurden gezählt: für Rühner (Preussische Volks-partei) 2415, für Nationalliberalen 2457, Schad (Anti-keim) 3227, Weber (Soz.) 6092, Müller-Julba (Zentrum) 1892. Sitznachwahl zwischen Schad und Weber gilt als wahr-scheinlich. Einige Orte stehen noch aus.

**Guxhagen, 8. Nov. (M. L. B.)** Der große deutsche Seefischer „Moderne Kunst“ wurde in Neaal vom Pödel vollständig ausgeplündert.

**Wien, 8. Nov. (M. L. B.)** Heute streifen 10000 Eisen-bahnarbeiter, das ist der zehnte Teil aller Angestellten der österreichischen Staatsbahn. Die Güteraufnahme nach den böhmischen Stationen ist vorläufig stiller worden.

**Neuyork, 8. Nov. (M. L. B.)** Nach einem Telegramm aus Coracas geht dort das Gerücht, daß der französische Geschäfts-träger Talmy sich anfähle, Venezuela zu verlassen. In diesem Fall übernimmt die englische Gesellschaft die Ver-tretung der französischen Interessen.

**Reyk, 8. Nov. (Wig. Drahtbericht.)** Der Gouverneur erteilt eine Verfügung wegen Nichtzulassung von Demon-strationen, Volksansammlungen und Manifestationen, welche mit Waffengewalt unterbrochen werden würden. Sobald die Straßenbeleuchtung unterbrochen werden würde, solle jeglicher Verkehr von 6 Uhr abends bis früh unterlagt werden. — Ein Teil der Geschäftslokale ist mit Brettern verma-gelt. Die Stimmung ist unruhig. Zeitungen sind nicht erschienen, nur Agenturtelegramme werden veröffent-licht. Der Generalstreik wird fortgesetzt.

**Der es Salas, 8. Nov. (Wig. Drahtber.)** Ober-ingenieur Matroforbats von der Firma Holjmann hat seine zweite Etappenstation in Malindi angelegt. Major Jo-hannes, der Führer der Etappe, hat die dritte Etappenstation Opendera an der nördlichen Oilema-Nivale-Strasse angelegt. Auf dem Marsche wurde die Abteilung von kleinen Banden Kuffständlicher täglich belästigt. Ein Kasari ist gefallen. Die Kuffständlichen haben, offenbar um den Vormarsch der Truppen aufzuhalten, alle Lebensmittel beiseite geschafft.

**Constitution.**

Für die Opfer des Kampfes um die Befreiung Ruß-lands gingen ein: 3 M. von W., Wilhelmsbad.

**Constitution.**

Für den Parteilosen gingen bei der Redaktion ein: 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: C. Mege in Basel. Verlag von Gaus Hug in Sant. Rotationsdruck von Paul Hug & Co. in Sant.

**Dieser ein 2. Blatt.**

### Sozialdemokr. Wahlverein.

Sonnabend den 11. November cr.,  
abends 8 1/2 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

in Sadewassers Tivoli, Tonndiech.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet

Der Vorstand.

## Variété Adler.

Thränen lacht das Publikum über die  
urtomische Posse „Die kleine Garnison“.  
Dazu das brillante Spezialitäten-Programm.

### Schöne Partie

## hartgeräuch. Plockwurst

Zentner 80, 95, 105 und 115 Mt.

Günstige Gelegenheit für Wirte und Wiederverkäufer!

Louis Hübner, Neue Wilh. Strasse 36.

### Immobil-Verkauf.

Der Malermeister **Heinrich Harbers** zu Heppens hat mich beauftragt, das ihm gehörige, zu Heppens an der Ecke der Raab- und Vaustr. belegene, zu 13 Wohnungen und 1 Laden eingerichtete große

### Wohn- und Geldgeschäftshaus

zum sofortigen Umtrieb unter günstigen Bedingungen zu verkaufen, wozu ich Termin auf

Donnerstag, 16. Novbr. cr.,  
abends 7 Uhr,

im Restaurant **Tombacher Hof** (Fr. Schmidt) hierseits angelegt habe. Der Laden eignet sich vorzüglich zu einem Kolonialwarengeschäft. Großer Hofraum und Einfahrt vorhanden.

Weitere Auskunft wird unentgeltlich erteilt.  
Heppens, den 8. Novbr. 1905.

**H. P. Harms,**  
Notar.

### Restaurant A. Halsbenning

Zum Löwenwirt.

Täglich frischen Hasenbraten  
und Hasenfleischer  
sowie ff. Pfastmusfeln.

### Fritz Peitzmeier

Delmenhorst, Lange Straße  
Fuhrgeschäft

bringt seine Gespanne bei Beiden-  
toren, Hochzeiten, Bergnähungs-  
fahrten u. in empfehlende Erinnerung.

Zum Grafen Anton Günther  
Delmenhorst

Eke Grünen u. Anton Günther-Str.

Wirtschaft u. Bierhalle

Billard.  
Wilhelm Langmann.

Ein feiner Kinderwagen  
billig zu verkaufen.

Altenbeichweg 13 c, 2. Et.

Flotte Verkäuferin  
für Damenkonfektion per sofort ge-  
sucht. **Sebr. Hinrichs.**

Kinderspötlein	55 Pf.
Rauchfleisch	120 "
Jungenwurst	80 "
Reberwurst	60 "
Rotwurst	60 "
Zwölfer Röhre, scharf	30 "
Marmelade	35 "
Pflaumenmus	20 "
Bunte Bohnen	20 "
Weiße Bohnen	15 und 20 "
Wahni-Bohnen	20 "
Linien, neue	25 "
Buchweizenmehl	
Homig, garantiert rein	70 "
Kaffee, aromatisch u. wohlgeschmeckend, von 90 Pf. an, Kaffee, gemischt, kräftig, 80 Pf. und 100 Pf.	
Christliches Kraut- und Rummelkäse, Halbfett, Zwölfer Röhre, Coamer Röhre, Ammel, Sped, schon durchgewaschen, empfiehlt	

### A. Winterberg,

Adolfstraße 11,  
Verläng. Kaiserstraße 11.

### Schöne mehlige Speise-Kartoffeln

sind wieder eingetroffen.

**E. Fr. Rädiker, Schaar.**  
Der Arbeiter J. Eden fährt nicht mehr für meine Rechnung. D. D.

### Zu vermieten

im Neubau Ecke Bremer- und Ode-  
oogelstraße (Vorgartenstraße) sind zum 1. Dezbr. moderne drei-, vier- und fünfzimm. Wohnungen, sämtlich mit Hochgas, Wellkammer und Balkon.

**J. Ferdinands, Baugeschäft**  
Zu vermieten eine dreizimmige  
Etagewohnung.  
Preis 16 Mt.  
**Bitter,**  
Bremer Str. 42, d. Strahlenbusch.

### Zu vermieten

drei- und vierzimmige Wohnungen.  
Heppens, Delbstraße 3.  
**Schulzeien**

### Laufburschen

für den ganzen Tag sucht  
Konfektionshaus **Mertur**, Marktstr. 11

### Mädchen

zum Zigarettenmachen sucht  
**H. Goldberg**  
Wilhelmshaven, Marktstr. 8

### Gesucht

auf sofort eine flottgehende Vieh-  
bierhalle. Kaution bis zu 1000  
Mark kann gestellt werden.  
Offerten unter „Viehbierehalle“  
an die Expedition d. Bl. erbeten.

### Gewerkschafts-Kartell Bant-Wilhelmshaven. Vorläufige Anzeige.

Sonnabend den 18. Novbr. im Gewerkschaftshaus, Sonnabend  
den 25. Novbr. im Tivoli, Tonndiech:

### Volksvorstellungen der Wilh. Theater-Gesellschaft.

Die Kartellbelegten wollen ihren Bedarf an Karten bei unserem  
Kassierer **F. Kiel** (Konsum-Filiale) von Donnerstag ab in Empfang  
nehmen. Alles nähere später.

Der Vorstand.

## Verband der Zimmerer

Zahlstelle Bant-Wilhelmshaven.

Freitag den 10. November cr., abends 8 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus Friedrichshof (Saal):

## Mitglieder-Versammlung

... Tagesordnung: ...

1. Wie stellen wir uns zum Schreiben des Arbeitgeberverbandes.  
2. Die Arbeitgeber Organisationen und der gewerkschaftliche Aus-  
bau unserer Organisation. Referent: Bankleiter Kam. Hofst.  
3. Stärkung des Lokalfonds.

Der sehr wichtigen Tagesordnung halber ist zahlreicher  
Besuch notwendig. **Der Vorstand.**

## Achtung Zivilmusiker!

Sonntag den 12. Novbr., vorm 10 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus Friedrichshof:

## Oeffentl. Versammlung.

... Tagesordnung: ...

1. Die soziale Lage der Musiker und ihre Stellung  
in Staat und Gesellschaft. — Referent: Kollege  
**G. Fauth** aus Hamburg.  
2. Diskussion. Gründung eines Ortsvereins.

Zivilmusiker! Erscheint zahlreich in dieser Versammlung!  
**Der Einberufer.**

## Oeffentl. Versammlung der Fleischergefelln

sowie aller Arbeiter, die dem Kost- und Logiszwang  
unterworfen sind. am  
Donnerstag den 16. Nov., abends 9 Uhr, im Friedrichshof.

Tagesordnung: 1. Die bestehende Fleischnot und der Kampf  
der Fleischergefelln um ihre Existenz. Referent: Zentralvorsitzender  
**P. Hensel** aus Berlin. 2. Die Mißstände im Kost- u. Logis-  
wesen. Wie werden dieselben beseitigt? 3. Freie Diskussion.  
Die Mitglieder aller Gewerkschaften sind hierzu freudl. eingeladen.  
Zahlreichen Besuch erwartet **Der Einberufer.**

## Sozialdemokr. Wahlverein.

Heute Mittwoch abend 8 1/2 Uhr:

## Versammlung der Parteigenossinnen

im Lokale des Herrn **Scherik**, Grenzstraße.  
**Der Vorstand.**



Empfehle mein großes Lager in  
**Holz-Galanteriewaren**  
— als —  
Serptertische, Nädtische, Bauernische  
Spieltische, Fetische, Paneeleborten  
Zigarettenstänke, Haus-Apotheken  
Salonsäulen, Wäskenhänder, Socker ze.  
Die Gegenstände sind übersichtlich aufgestellt und bitte ich um  
— Besichtigung. —  
**J. Egberts, Grosses Geschäftshaus.**

## Sekretariats-Kommission

Donnerstag abend:  
Sitzung im Friedrichshof.

## Frauenbund.

Donnerstag den 9. Novbr.,  
abends 8 Uhr:

## Versammlung

in der Germaniahalle, Grenzstr.  
Tagesordnung:  
1. Erhebung und Aufnahmen.  
2. Mißfrage.  
3. Abrechnung vom Stiftungsfest.  
4. Verschiedenes.

Alle Mitglieder werden aufge-  
fordert, in dieser Versammlung zu  
erscheinen, wegen der Mißfrage.  
**Der Vorstand.**

## Verband der Freiw. Feuerwehren

Wilhelmshaven, Pant, Heppens.  
Die Beerdigung unseres bei der  
Uebung am 5. d. Mts. unglücklich  
Kameraden, des Talfers

## Heinrich Krafft

findet am Freitag den 10. d. Mts.,  
nachmittags 3 Uhr, vom städtischen  
Friedhof aus statt. Versamm-  
lung der Wehren vor dem Hotel  
„Burg Hohenzollern“, nachmittags  
2 1/2 Uhr. **Der Vorstand.**  
Zöhrner.

## Pflicht-Feuerwehr Wilhelmshaven.

Die Mitglieder werden gebeten,  
sich bei der Beerdigung des Talfers  
Heinrich Krafft

Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr  
Wilhelmshaven, zu beteiligen. Ver-  
sammlung am Freitag den 10. ds.  
Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, vor  
dem Hotel „Burg Hohenzollern“.  
Führer in Uniform.

**Der Brandmeister.**  
Zöhrner.

## Freiw. Feuerwehr Neuende

Die Beerdigung des Kameraden  
Heinrich Krafft

findet am Freitag nachm. 3 Uhr  
von der städt. Beerdigung aus statt.  
Antraten der Wehr um 2 Uhr bei  
Herrn **Wilmers**.  
**Der Hauptmann.**

## Erntedankfest Konsumverein

e. G. m. b. H.  
Sonntag den 12. Novbr.  
nachmittags 5 Uhr:  
— Außerordentliche —  
General-Versammlung

in Regels Wirtschaft in Neum.  
Tagesordnung:  
Erweiterung des Ausschusses,  
Fällalangelegenheit.

Wegen der wichtigen Tagesordnung  
müssen alle Mitglieder erscheinen.  
**Der Ausschichtsrat.**  
J. H. Wenz, Vorsitzender.

## Todes-Anzeige.

Gestern morgen 8 1/2 Uhr  
starb mein hoffnungsloser Sohn  
und unser guter Bruder und  
Blutigen, der Zimmergeselle

## August Oten

im blühenden Alter von 22  
Jahren und 5 Monaten. Dies  
zeigen mit der Bitte um stille  
Teilnahme an

Der tiefbetrübte Vater:  
**Johann Oten**, nebst Kindern  
und Frau **Luisa Tadolten**.  
Neuende, 8. Novbr. 1905.

Die Beerdigung findet Sonn-  
abend den 11. November, nach-  
mittags 3 Uhr, von Genossen-  
schaftsstraße 56 a aus statt.



# Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Bant, Peterstraße 20/22.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven.

19. Jahrgang.

Bant, Donnerstag den 9. November 1905.

Nr. 265.

## Zweites Blatt.

### Die Antwort des Parteivorstandes

auf die Aechenschaft der entlassenen „Vorwärts“-Redakteure.

Unser Antwort müssen wir eine kurze Bemerkung voraussenden. Die ehemaligen sechs Redakteure des „Vorwärts“ überließen die Parteivertreter mit Befürchtungen, Entgegnungen, Widersprüchen etc., sie können das, weil ihnen die Zeit dazu zur Verfügung steht.

Wir sind gezwungen, die Verwaltungsgeschäfte der Partei zu erledigen und Sitzungen abzuhalten, die unsere Zeit ungeniebig in Anspruch nehmen. Die Verfassungskommission besteht in ihrer großen Mehrheit aus Arbeitern; ihre Mitglieder haben auch sonstige Pflichten für Partei und Gewerkschaft zu verrichten, für dies alles stehen aber nur die Abende zur Verfügung. Wir können also nicht mit der Ruhezeit antworten, die mehrfach gewünscht worden ist. Zu welchen Mitteln aber die Sechs glauben uns gegenüber greifen zu dürfen, um uns zu solchen Antworten zu zwingen, dafür spricht folgender in Form eines Briefes an uns gelangter Brief, den wir ohne Bemerkung abdrucken.

Zerleihe lautet:

Berlin, den 1. November 1905.

Wir die Redaktion des „Vorwärts“.  
Der „Vorwärts“ teilt heute mit, daß er unsere Erwidrerung gegen die Denkschrift mit der Antwort des Parteivorstandes und der Verfassungskommission zu veröffentlichen gedenke. So wenig wir die beschuldigten Gegenbemerkungen für notwendig halten, so wenig sind wir aber auch geneigt, eine Verögerung des Abdrucks durch diesen Umstand zu wägen. Wir fordern unerschrocken und ohne jede Hinderung die Aufnahme des gestrigen Jünens gegangenen ersten Teiles unserer Entgegnung in der Donnerstags früh erscheinenden Nummer des „Vorwärts“. Wir halten es ferner für die Pflicht der Redaktion, unsere Entgegnung diejenige Stelle des Blattes anzuweisen, auf die sie selbst nach dem § 11 des Verfassungs-Ansatzes p. 3. U. Art. Kurt Eisner.

### Antwort!

Die Entgegnung von Eisner und Genossen unterscheidet sich von unserer Denkschrift, die nach ihnen, die Redaktion der für den Schrift und keine literarische Bearbeitung veranwortlichen Mitglieder des Vorstandes vernichten muß — eine „Vernichtung“, die der Parteivorstand selbst nicht auf sich nimmt, — dadurch, daß unsere Denkschrift eine sachliche Darstellung der Vorgänge ist, um deren Klarstellung es sich handelt, dagegen die Ausführungen der Eisner und Genossen an Schablonen und schwallbige Phrasologie nichts zu wägen übrig lassen.

Für die Objektivität unserer Denkschrift spricht vielleicht mehr als alle Auseinandersetzungen folgende Episode aus unseren Beratungen: Am 30. Oktober abends nach gemeinsamer Beratung des Parteivorstandes mit der Verfassungskommission die Denkschrift in ihrem Wortlaut endgültig festgestellt — wobei jeder der Anwesenden ein gedrucktes Exemplar des Entwurfes in seinen Händen hatte — und darauf einstimmig angenommen worden war, nahm das Mitglied der Verfassungskommission Genosse Wulfsch das Wort und erklärte dem Sinne nach folgendes: „Er sei, wie dem Parteivorstand und der Kommission bekannt sei, mit den Maßnahmen gegen die sechs Redakteure nicht einverstanden gewesen und sei es nicht, weil er nicht einverstanden sei mit der Denkschrift, sondern weil er anerkenne, daß die im Wege der Angelegenheit in allen Einzelheiten laß- und wahrheitsgemäß darstelle.“

So ein Gegner unserer Maßnahmen, der von allem, was vorging, genau unterrichtet ist und unseren Verhandlungen beizuwohnt:

### Die Missionäre.

Roman aus der Feder von Friedrich Gerstäcker.

(58. Fortsetzung)

„Aber ich selber führe nie ein solches,“ fuhr Fremar fort. — „Ich weiß kaum damit umzugehen und würde mich selber auf der Jagd sehr ungeschickt damit benehmen.“  
„Und wenn du nun von Feinden überfallen wirst?“ fragte Ramara Toa.

„Ich setze in Gottes Hand und in seinem Beruf. Er wird mich schützen, wenn er es für notwendig hält; ich selber habe kein Recht, ein anderes Menschenleben zu nehmen, um das meine damit zu retten.“

Ramara Toa sah ihn veruindert an, denn das waren allerdings den seinen vollständig entgegengesetzte Grundsätze. Er hätte hundert Menschen getötet oder iden lassen, wenn er damit sein eigenes Leben erhalten konnte.

„Woh,“ sagte er auch noch einer Weile lopschüttelnd, „du bist ein wunderlicher Mann, und ich kann nicht recht begreifen, daß du so mutig zwischen kriegerische und tapfere Stämme gehst, wenn du nicht selber entschlossen bist, die Achtung zu verschaffen. Du mußt ein großes Vertrauen zu deinem Gott haben. Aber — wenn du dich damit begnügt, sind meine Hänglinge nicht damit zufrieden, und wenn du, wie du mir selber sagst, keine Gewehre für deinen Gebrauch haben willst, was machst du denn mit den vielen, die du zu herübergebracht? Sollen sie etwa den Feinden in die Hände fallen, wenn sie herüberbrechen, um bei uns zu plündern?“

„Aber woher weißt du oder glaubst du, Ramara Toa, daß ich noch Gewehre in meinem Hause habe?“

„Hab' ich sie nicht gesehen?“ sagte der Hängling. „und sieht nicht außerdem noch gerade ein solcher Kasten,

wie du ihn dort für mich geöffnet, am linken Ende des Hauses? ebenso lang und ebenso breit und eben solche schwarze Zeichen darauf gemalt?“

„Ramara Toa,“ sagte da Fremar ernst, „ich fürchte, du hast die neue Lehre des Christentums nur in deinen Kopf, nicht in dein Herz aufgenommen, und deine Ansicht ist mehr ephemerisch als gottesfürchtig. Anstatt deinem Land und Volk den Frieden zu geben, willst du die nicht gehörenden Boden erobern und deine Untertanen in den Tod jagen!“

„Ich denke gar nicht daran,“ brummte der Hängling; „was macht dich glauben, daß ich Krieg führen will — nur der Gewehre wegen? — Nein, Krieg nicht. Aber auf der Jagd sind sie gut, und die Hänglinge müssen sie führen lernen. Wir werden dann keine Angst mehr vor einer Hungersnot zu haben brauchen, und wenn auch einmal einer unserer Stämme die noch unzivilen Vordrücke abgehüttelt und damit die ganze Erde verdorben hat, so brauchen wir nur hinauf in die Berge zu fliehen, um dort so viel Wild zu jagen, als wir haben wollen.“

„Und wenn ich dir alles gebe, was ich mit herübergebracht,“ sagte Fremar, „woon sollen wir nachher hier leben, wo ich nur arbeiten werde, um die Deinen in vielen nützlichen Dingen zu unterrichten?“

„Ja!“ rief Ramara Toa, von der schon halben Jungsage erfreut, „viele Brodfruchtbäume und Palmen sind mein. Du sollst einen großen Garten als dein Eigentum haben, und die jungen Leute sollen für dich fischen und meine Jäger die Wild bringen. Du wirst keinen Hunger leiden auf Rotua, solange noch eine Banane reift und ein Fisch in der See schwimmt.“

„Gut denn, Ramara Toa,“ erwiderte der Missionär, „rufe deine Hänglinge zusammen und du sollst die Gewehre haben, die ich mitgebracht, um damit das Wild dieser Inseln

heute, daß er sich in dieser Beziehung einer unvergeßlichen Schwadde schuldig gemacht hat.“

Wie nimmt sich aber diese Anschuldigung, der Vorstand habe Faltheit und Unentschlossenheit gezeigt, mit der anderen Behauptung zusammen aus, daß dieser selbe Vorstand die Urliste aller Bösen sei und die großen Prinzipien der Meinungsfreiheit und wie all die schwächling vorgetragenen Anklagen lauten, mit ihnen treten? Wollen die Sechs als Ankläger auftreten, warum so inkonsequent? Warum nennen sie nicht nur die Namen, sondern bezeichnen auch die Taten der Schuldigen, um sie zu lösen? Die Sechs machen sich mit ihrer sonstbaren Anklage und Verbedüchtigungslust nur lächerlich.

Wir können nur wiederholt fordern, die Bemerkung für die unqualifizierbaren Verbedüchtigungen zu bringen, sonst müßten wir diese immer wiederkehrende Methode als schamlos und niederträchtig bezeichnen.

Sowohl Genosse Bebel wiederholt durch Fennung seines Namens in die Entgegnung der Sechs verwendet worden ist, wird dieser selbst an anderer Stelle das Wort ergreifen, um darauf zu bestehen. Um weiteren Lehren wie es ab hier auf die Vorgänge im einzelnen einzugehen, die, wie schon in unserer Denkschrift ausgeführt wurde, sich über Jahre erstrecken und uns schließlich zu dem Entschluß kommen ließen, eine neue Ordnung im „Vorwärts“ einzuführen. Die Sechs wünschen offenbar diese Parierung nur weit ausführlicher, um die Potentia ins unendliche fortzuführen zu können.

Es ist weiter ein Versuch mit untauglichen Mitteln, aus der Tatsache, daß die Abkommen des „Vorwärts“ sich in den letzten Jahren sehr erheblich vermehrt, zu schließen, das komme auf das Konto der Zutriedenheit oder des Mangels an Unparteilichkeit der großen Mehrheit der Berliner Parteigenossen mit der Redaktion des „Vorwärts“. Die rasche Steigerung der Abkommen ist in erster Linie und hauptsächlich auf die unausgeglichene Situation der Berliner Genossen für den „Vorwärts“ und namentlich auf eine verheerliche Organisation der Kolportage zurückzuführen. Die Berliner Genossen betrachteten eben den „Vorwärts“ trotz häufiger Willkommung über seine Haltung in einer Reihe Fragen immer noch als ihr Blatt.

Eine Fünftelheit ist es auch, welche die Sechs ansprechen, daß, so lange der „Vorwärts“ lebt, er stets, monatlich lauten heftigen Angriffen ausgesetzt gewesen ist, die auch schon früher wesentlich dem Umstand geschuldet waren, daß die Redaktion eine geschlossene Einzelgänger — die erste Bedingung für ein Parteiblatt und eine gute Redaktion — vermittelte ließ. Diese Hebelkräfte haben sich aber nach unserer Ansicht nicht vermindert, sondern sogar verstärkt, und insbesondere sind sie mit ihrer längeren Dauer immer fähiger geworden. Namentlich aber erfordert gerade die Rücksicht auf die außerordentlich gewachsene Partei und den damit auch außerordentlich gewachsenen Verkehr des „Vorwärts“ in weit höherem Grade als jemals eine geschlossene Stellungnahme in den wichtigsten die Partei betreffenden Fragen und eine intensiveren Aufklärung der Leser vom Standpunkt des historischen Materialismus, auf dem die Weltanschauung unserer Partei beruht.

Die Behauptung, daß die Redaktion des „Vorwärts“, wiederholt Parteilichkeiten mit den Berliner Genossen gegen Anklagen des Parteivorstandes oder des Genossen Bebel begonnen habe, so beim Vergegen, so bei den Anklagen für die Tagesordnung des Bremer und Jener Parteitages, ist richtig.

Realistischer ist aber, daß der Parteivorstand mit dem Genossen Bebel sich nicht prinzipiell gegen die Berufung eines Parteitages der preussischen Genossen erklärte, sondern nur Differenzen aber den vollkommenen Zeitpunkt der Einberufung bekämpfte. Der Parteivorstand vertritt die Ansicht, diesen Parteitag nicht eher einzuberufen, als bis die Schuldenfrage — gegen die Stellung zu nehmen eine der Hauptaufgaben des preussischen Parteitages sein sollte — dem preussischen Landtag vorliege, damit man ihnen Inhalt fenne und nun um so laßgemäher gegen sie Stellung nehmen könne.

Was aber die Hebammenrolle der Redaktion für Anträge zur Erweiterung der Tagesordnung der Parteitage zu Bremen und Jena betrifft, so ist konstatiert, daß die Berliner Vertrauens-

erliegen zu helfen. Aber du versprichst mir auch dafür, treu und wahr an dem rechten Glauben zu hängen und alles zu tun, was in deinen Kräften steht, um dein Volk dabei zu halten und die Einzelnen, die auf Abwege geraten sollten, ob es ein Hängling oder ein gewöhnlicher Mann sei, streng und nachsichtlos zu bestrafen.“

„Gewiß, gewiß!“ rief Ramara Toa vergnügt aus, indem er seine Hand in die des Missionärs legte. Er hätte in dem Augenblick Gott weih, was er versprochen, wenn ihm nur dadurch die Gewißheit wurde, noch mehr Gewehre zu bekommen. Fremar selber aber sagte sich nur einem ihm auferlegten, wenn auch kaum merkwürdigen Zwang, denn was hätte Ramara Toa verhindern können, die noch in seinem Besitz befindlichen Waffen, falls er Verlangen danach trug, selbst mit Gewalt zu nehmen? War er nicht der König der Insel, und besah er nicht jede Macht, zu tun, was er für gut und nützlich hielt? Fremar wußte das, aber er betrachtete gerade diese Macht des Hänglings, wie er die Kraft der Elemente betrachtete, die der Mensch mit schamem Bestand und geschützter Hand so zu benutzen vertritt, daß sie in seinem Dienst gehorjam wirken mühen. Jetzt hatte er sich und seiner Sache den guten Willen des Königs erworben und geschickt; nun galt es, auch die Partei der Hänglinge zu gewinnen, und dann hand seinem Erfolg nichts mehr im Weg. Er hatte geliegt, und die Mission dabeim würde staunen, wenn sie erfuhr, mit wie geringen Mitteln und in wie kurzer Zeit er etwas erreicht hatte, wozu auf anderen, weit weniger bedrückten Inseln Japogehnte Mühen gewesen waren.

Ramara Toa keinerlei war ebenfalls, als ihn der Missionär verließ, um die nötige Anstellung für die Gewehre zu machen, außerordentlich mit seinem Erfolg zufrieden. Er bekam wieder sechs Gewehre, und wie er sich außerdem noch überlegte, welchen bedeutenden Nutzen er für sich selber

...über nicht der Unterlegung der Redaktionen, auf die Tagesordnung des Jener Parteitages die Handlungen in der deutschen Weltpolitik zu setzen gefordert werden, wenn die Redaktion ihnen mangelnde hätte, was lokalere ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit war, daß die Redaktionen den Parteivorstand mit seinem Wort davon unterrichtete, daß sie die Rechte habe, die Redaktionen Parteimitglieds zu bestimmen, die von der Parteileitung (Vorstand und Kontrollkommission) abgeleiteten Urteile des Genossen Gewandner für die Tagesordnung des Parteitages einzubringen.

Dieser ist uns vollständig klar, was für Absichten mit diesen Beschlüssen der Redaktion bezogen wurde. Die Redaktion, richtiger gesagt gewisse Redakteure, wollten die Vertrauenspersonen des Vorstands gegen den Parteivorstand auszuspielen, als eines Faktors, der seiner Aufgabe nicht genügt sei.

Es ist ferner eine Unmöglichkeit, wenn Genossen und Genossinnen erfahren, daß der jetzige Vorzug gegen den Genossen Becker mit leiondärer Gehässigkeit geführt wurde. Er bekommt nur, was ihm zusteht. Es kommt niemand unter uns bei — das sei hier ein für allemal festgesetzt — behaupten zu wollen, daß die ausgeschiedenen sechs nicht nach bestem Wissen und Können ihre Schuldigkeit getan hätten oder die Partei hätten schädigen wollen. Wir erkennen auch an, daß die Wahlsammlungen im Jahre 1903, soweit sie der „Vorwärts“ führte, wie die Führung der Sozialkampagne im Jahre 1902 allen Widerspruch entgegen, die gestellt werden konnten. Das ist aber kein Grund, daraufhin zu dem Schluß zu kommen, daß nunmehr alle Gegenstände in Wohlgefallen sich aufgelöst hätten.

(Fortsetzung folgt.)

### 30. Oldenburgischer Landtag.

Oldenburg, 7. November 1905.

Die erste Versammlung der Abgeordneten des 30. Landtages für das Großherzogtum Oldenburg begann heute morgen 11 Uhr im Landtagsgebäude. Das Präsidium übernahm Abg. Jansen. Die Besitze beriet zu präsidialen Schriftsätzen die Abg. Koch und v. Friden. Der Vizepräsident begrüßte alsdann die Abgeordneten und gab einen kurzen Rückblick. Anmerkenswerte Worte wendete er den Abgeordneten, die entweder eine Wiederwahl angelehrt oder nicht wiedergewählt wurden und dem Landtage selber lange Jahre angehört. Als bemerkenswert führte der Vizepräsident aus, daß der jetzige Landtag im besten Sinne arbeiten möge, nicht dem Rücktritt, sondern vielmehr dem Fortschritt dienend, aber nicht etwa zerstörend wirkend im Sinne einer radikalen Richtung, die nichts besseres als die jetzige Stelle zu sehen wolle. Der Landtag möge vielmehr im Geiste des alten freien Verfassens stehen.

Übertragend Tugend übergab darauf das Verzeichnis der Abgeordneten und die Wahlzettel. Anwesend waren nach der Besetzung des Verzeichnisses sämtliche Abgeordnete. Es wurde dann in die Prüfung der Wahlzettel einbezogen. Zu diesem Zwecke wurde die Verhandlung auf Antrag bis 12 Uhr vertagt.

Das nach Wiederöffnung der Sitzung von den einzelnen Berichterstattern verlesene Resultat ist die Billigkeitserklärung sämtlicher Wahlen.

Um 5 Uhr nachmittags eröffnete der Vizepräsident die Sitzung wieder. Minister Willrich verlas hierauf die Thronrede. Darin wird zunächst der Verlobung der Herzogin Sophie Charlotte mit dem Prinzen Eitel Friedrich Erwähnung getan, und im weiteren werden die Begünstigungen der drei Landesteile, die Steuerreform und die Errichtung neuer Steuerstellen, die Inanspruchnahme der entbehrlichen Betriebsmittel der Staatseisenbahnen zu allgemeinen Landesausgaben, die Hebung des Eisenbahnverkehrs durch Bewilligung erheblicher Mittel, der Aufschwung des Handels, des Gewerbes und der Industrie im Lande, die Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit, sowie die Aufbesserung des Einkommens der Staatsbeamten und Volksschullehrer angebeutelt.

Hierauf wurden die Präsidialentscheidungen vorgelesen. Abg. Schröder wurde als erster Präsident des Landtages mit 31 Stimmen gewählt. 9 Stimmen entfielen auf Abg. Jansen. Der Gewählte nahm die Wahl mit dem Versprechen an, sich zu bemühen, seines Amtes unwürdig zu walten, worauf er vom Minister Willrich durch Handklatsch begrüßt wurde. Vizepräsident wurde mit 31 Stimmen Abg. Jansen, Abg. Jansen erhielt 7 St. Abg. Althorn-Oldenburg 1 St. und Abg. Wente 1 St. Abg. Jansen nahm die Wahl mit Dank an. — Zu Schriftführern wurden gewählt die Herren a. Friden, v. Friden und Jansen. Über die die Wahl ausweichend erklären. Die Wahlen gelten auf Antrag vom Abg. Schwarting für die ganze Dauer des Landtages.

Darauf erfolgte die Vereidigung resp. eidesstattliche Verpflichtung der Abgeordneten, eifersüchtig für die neugewählten, letzteres für diejenigen, die schon Abgeordnete waren.

Der Regierungskommission übergab sodann dem Landtag 42 Vorlagen. — Der Landtag beschloß im weiteren die Billigkeit sämtlicher Wahlen. Beodachtendste seitens der Regierung sind folgende Punkte a. a.

Abg. Koch verlas die Petitionen, unter denen eine die Thronfolge des Großen Meiburg betrifft, eine andere der sämtlichen Gemeindeforderungen um eine schnellere Ausführung der Bahnverbindung Barel-Meerbusch. Ein Antrag des Abg. Friden

aus der in Aussicht stehenden Straßung der Eingeborenen gehen könne, fühlte er sich so aufgeregt vor lauter Freude und innerem Vergnügen, daß er in seinem Beratungshaus, wohin er Fremar bestellt gehabt, rastlos auf und ab lief und seine Hände dabei zusammenriß.

Seine alten Götter? — Bah, sie hatten ihn schmählich im Stich gelassen, welche Opfer er auch dabei gebracht und wie er ihre Pfeiler begünstigen mochte. Konnten sie ihm zu dem Ziel, dem er entgegenstrebt, verhelfen? Nun und nimmermehr! Der fremde Pfeiler mußte Recht haben; es waren althergebrachte Holz ohne Willenskraft und Leben, nichts als in eine Form geschnitzte Röhre, und wenn er es einmal in dem neuen Gott versuchte, fand er sich jedenfalls viel besser dabei. Ja, wenn er sich die Sache recht überlegte, brauchte er am Ende gar keinen mehr, sondern sähe sich schon durch seine Ueberlegenheit der Waffen stark genug, um es mit seinen sämtlichen Feinden getroßt aufzunehmen.

Ramara Loa war ein Vollblut-Heide und ein großer Häuptling; er betrachtete die Religion nur als Mittel zum Zweck, d. h. als ein Mittel, um das Volk im Zaum zu halten, nicht für seinen eigenen Bedarf, denn er stand sowohl darüber, wie über den Götzen.

Indessen schritt Fremar langsam wieder seiner eigenen Heimat zu, und zwar ebenfalls still besriedigt über den gewonnenen Erfolg. Er hatte alles erreicht, was er nur hoffen konnte, und wenn die Versammlung der Häuptlinge, wie er seinen Augenblick zweifelte, morgen die von ihm gemachten Vorschläge annahm, so war dadurch der Sieg des Christentums auf der Insel vollständig gesichert, denn Verbote und Strafen hinderten das Volk schon, in ihren alten heidnischen Glauben zurückzufallen. Das nämliche Mittel war ja so viel in vielen Inseln mit Erfolg angewendet worden, warum sollte es hier nicht die nämliche Wirkung zeigen?

(Fortsetzung folgt.)

betrifft den Antrag des Abg. Althorn-Oldenburg bezügl. des Wahlrechts. Beide Anträge sollen im Klaren verhandelt werden.

In den Geschäftsverteilungsansuchen wurden die Abg. Jansen, Althorn-Oldenburg, Koch, Schröder, Willrich, Jansen, Schwarting, Jansen, Jungbluth, Wente und Jansen gestellt.

Es wurde beschlossen, dem Großherzog und dem verlobten Paar ein Glückwunschtelegramm zu senden.

Der Geschäftsverteilungsansuch tritt Mittwoch morgen zusammen. Die Plenarsitzung ist auf Mittwoch nachmittags 4 Uhr angesetzt.

Dem Landtage sind fünf neue Vorlagen zugegangen. Anlage 37 betrifft den Vorschlag der Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutsstelle für das Jahr 1906. Die Einnahme beträgt 149 066 Mk., die Ausgabe 153 476 Mk., darunter 56 000 Mk. zur Erwerbung neuer Staatsgüter.

Anlage 38 betrifft die Gewährung eines 30 000 Mark betragenden Zuschusses an die „Alten-Gesellschaft Bremisch-Hannoversche Kleinbahn“ zu den Kosten einer vollspurigen Kleinbahn von Thedinghausen über Stühr nach Hadingen mit Anschluß an die oldenburgische Staatsbahn.

Anlage 39 ist eine Reberanlage zu der Seehausvorlage betr. die Abänderung der Wittwenaltersgesetzgebung. Erfolgt die Auflösung der Rasse, so wird die Stelle des jetzigen Rassenführers überflüssig, da dann die verbleibende Tätigkeit im Reberamt sich bewältigen läßt. Der jetzige Rassenführer soll nach der Vorlage in den Staatsdienst übernommen werden und als Beamter bei der Verwaltung der Kapitalien mitwirken, im Range eines Zahlmeisters mit einem Gehalt von 1800—2000 Mk.

Anlage 40 betrifft den Verkauf der dem Staate gehörigen alten Pfarrwohnung in Wangerooge, welche zu Schulzwecken benutzt ist. Die Räume genügen nicht mehr und soll deshalb das alte Gebäude verkauft und der Erbs der Schulalt Wangerooge überwiesen werden.

Anlage 41 betrifft die Neubildung des Staatsgerichtshofs auf Grund des § 2 der Anlage des Staatsgrundgesetzes.

### Parteinachrichten.

Genosse August Bebel veröffentlicht im „Vorwärts“ seine Antwort auf die Redenshaft der entlassenen „Vorwärts“-Redakteure. Die Antwort bezieht sich ausschließlich in einer Beweisführung, daß er (Bebel) „nicht der böse Dämon ist, der alles seinem diktatorischen Geiste unterwirft“ und daß ihm nichts unangenehm sei, als eine Verherrlichung seiner Person, daß er aber natürlich seiner Meinung stets Geltung zu schaffen versucht habe, weil er eben deren Verwirklichung als im Parteinteresse gelegen angesehen. Gerade die jeds „Vorwärts“-Redakteure aber seien es, die stets mit einer Verherrlichung seiner Person gegen seinen Willen bei der Hand gewesen. Dem wird ein beispielreicher Nachweis genötigt. Bebel schließt mit den Worten:

„Die Genossen und Genossinnen haben sich nun ganz enthall. Sie ahnten nicht, daß indem sie Parteivorstand und Preßkommission als Marionetten in meiner Hand darzustellen suchten, sie neben der nichtswürdigen Verleumdung dieser Organe auch die schwerste Beleidigung gegen die Vertreter der Partei auf dem Parteitage und in letzter Instanz gegen die Berliner und die gesamte Partei auszusprechen, die solche Hampfmänner zu ihren Vertrauensmännern wählte. Mich, den man verdrehen will, macht man zu einer Art Halbgoß auf Kosten derjenigen, für deren Interessen einzutreten die sechs vordrängen. Ich zweifeln nicht, daß die Partei zu gegebener Zeit den sechs die passende Antwort gibt.“

Daß es dem Genossen Bebel fernliegt, eine Parteidiktatur ausüben zu wollen, daß es ihm, wie jedem Genossen, nur darum zu tun ist, seine Meinung zur Geltung zu bringen, wenn er deren Verwirklichung im Parteinteresse gelegen ansieht, und daß er schließlich die Verherrlichung seiner Person sich selbst stets energisch verboten hat, glauben wir ihm aufs Wort. Damit ist aber die Redenshaft der entlassenen Redakteure in seiner Weise lässlich wiederlegt. Auch der Beweis, daß diese Redakteure selbst die aller schlimmsten Beleidiger waren, ist nur ein argumentum ad hominem, ein Beweis gegen die Person der Redakteure, nicht aber ein argumentum ad rem, ein Beweis gegen deren Sache. Den Schlußsatz der Bebel'schen Antwort, daß er nicht zweifelt, daß die Partei zu gegebener Zeit den sechs die passende Antwort gibt, läßt sich mit dem besten Willen nicht anders auffassen, als eine Aufforderung, die sechs aus der Partei zu werfen. Ein allerdings sehr humanitäres Verfahren! Wir zweifeln nur stark daran, daß die Partei den sechs gerade diese Antwort geben wird, die wir trotz Bebel für nichts weniger als passend halten.

### Gewerkschaftliches.

Ein Versuch am untauglichen Objekt. Zwei Steinarbeiter hatten in München während der allgemeinen Bauarbeiter-Aussperrung im Hauptbahnhofe mehrere italienische Handarbeiter, die sie terrätschweise für Steinarbeiter halten, zur Teilnahme am „Streik“ zu bestimmen versucht. Obwohl schon der Amtsanwalt durch eine Randbemerkung auf die Anzüge seiner Ueberzeugung dahin Ausdruck gab, daß der Tatbestand des § 153 der Gewerbeordnung nicht gegeben ist, erließen die Arbeiter democh fünf Tage Gefängnis ins Haus geschickt. In der Berufungsverhandlung beantragte der Amtsanwalt democh Verurteilung der Berufung eozent. Verurteilung wegen Verübung groben Unfalls. Der Verteidiger Dr. Bernheim verwahrte sich ganz entschieden dagegen, daß, wenn andere Bestimmungen des Gesetzes vorliegen, das „juristische Mädchen für alles“, der grobe Unfall bereingezogen werde. Das was die Angeklagten getan haben, sei ein Versuch am untauglichen Objekt und das sei straflos. Er forderte Freisprechung unter Uebernahme sämtlicher Kosten, einschließlich der der Verteidigung auf die Staatskasse. Das Schöffengericht erkannte denn

auch auf Freisprechung, weil der Tatbestand des § 153 der Gewerbeordnung nicht gegeben sei. Auch die Kosten der Verteidigung auf die Staatskasse zu übernehmen, „bestand für das Gericht kein Anlaß“. Gegen dieses Urteil wird, da die Kosten der Verteidigung nicht auf die Staatskasse übernommen wurden, vom Verteidiger Berufung eingelegt.

### Aus dem Lande.

Sande, 8. November. Eine Gefäßausstellung findet am Sonntag im Saale des Herrn Jähde hierabst statt.

Jever, 8. November. Dem gestrigen Viehwartte waren zugetrieben ca. 360 Stück Hornvieh, 170 Schweine und 48 Schafe. Der Handel in Rülhen war zufriedenstellend, in Schafen dagegen unbedeutend. Für Schweine wurden hohe Preise bezahlt. Vier Wochen alte Ferkel wurden für 12—14 Mk. verkauft. Nach auswärts wurden ca. 100 Stück hochtragende Rülhen verkauft.

Barel, 8. November. Eine Sitzung der städtischen Kollegien ist für Freitag den 10. November, nachm. 5 Uhr, einberufen. Zuerst wird der Schulort der höheren Lehranstalt mit dem Stadtrat tagen. Tagesordnung: Personalien. Hierauf schließt sich eine Stadtratssitzung an. Tagesordnung:

1. Antrag des Magistrats betr. Neuregelung des Gehalts der Ratsmänner.
2. Zweite Lesung des Beschlusses betr. Grundbesitz zu einer Strahe auf dem Lohweg.
3. Feststellung der Meßstellenrechnungen.
4. Feststellung der Meßstellenrechnungen.
5. Bericht und Antrag der Kommission:
  - a) betr. Annahme der Änderungen der Baupolizeordnung.
  - b) betr. Entwurf eines Bebauungsplans.

Die Schweinepreise gehen noch höher. Ein Landmann aus der Umgegend hat Schweine verkauft, abnehmbar Ende Dezember, für 60 Mk. pro Zentner Lebendgewicht.

Borgstedt, 8. November. Das Jähstigungsrecht der Lehrer. Schon mehrfach ist an dieser Stelle auf Unzulänglichkeiten in der hiesigen Schule hingewiesen. Da man den Tadel stillschweigend himmahm, müssen wir annehmen, daß derselbe seine Berechtigung hatte. Gestern abend ließ ein Einwohner von hier seinen kleinen Sohn vom Arzt untersuchen, der eine schmerzhaft Wunde am Kopf feststellte. Nach Auslagen der Kinder hat der Lehrer den kleinen Schüler mit einem Schlüssel auf den Kopf geschlagen. Wie wir hören, ist Strafantrag gestellt. Hoffentlich nimmt auch der Schulort eine Untersuchung vor, da die Klagen sich in letzter Zeit häufen.

Oldenburg, 8. November. Die ausgestellten Arbeiter Oldenburgs. In der Sitzung des Oldenburgischen Eisenbahnrates, welcher vergangene Woche stattfand, meinte Herr Direktor Schulze von der hiesigen Glashütte: „Er glaube die Arbeiter Oldenburgs seien so gestellt, daß wenn die vierte Wagenlaste eingeführt werde, sie in der Lage seien, dritter Klasse zu fahren.“ Ueber die Lohnverhältnisse seiner Arbeiter sollte Herr Schulze doch besser orientiert sein. Ober hat er diese ausgenommen? In verdrähten Berufen ist in letzter Zeit der Lohn etwas aufgebessert worden, aber bei den Glasmachern ist dieses nicht der Fall. Trotz der hohen Steuern und der hohen Lebensmittelpreise ist ein Lohnrückgang zu bemerken. So sieht man jetzt die Steuerbeamten fast von Haus zu Haus in den Fabriksarbeitervierteln gehen, weil die Arbeiter die Steuern nicht haben entrichten können, um dieselben zu mahnen. Doch auch das scheint wenig zu helfen; denn recht oft müssen die Steuern vom Lohn abgezogen werden. Für die dann folgende Woche muß der Hungerierden etwas fester angezogen werden. So sind tatsächlich die Verhältnisse der Arbeiter, Herr Schulze. Den Arbeitern aber zeigt der Auspruch ihres Direktors, wie man in den besseren Reiben über sie denkt, gerade als wenn sie ein Schlaraffenland führen könnten.

Westerstede, 8. November. Einen grossenhaften Fund machte vor einigen Tagen ein hiesiger Einwohner im Horster Holz. In einem Baume hing ein Menschenhädel und unter dem Baume lagen die übrigen Teile eines menschlichen Körpers. Außerdem fand sich eine Wasserwanne und ein Bündel mit Kleidungsstücken vor. Nach etwaigen Ausweltspapieren wird gefucht.

Wittmund, 8. November. Neue Bahnstrecke. In der Sitzung des Kreisaußschusses des Kreises Wittmund wurde einstimmig beschlossen, die Vora beiten für den Bau der Kleinbahn Ognbargen-Wens-Benjesiel in Angriff zu nehmen.

Emden, 8. November. Mit einem polizeilichen Strafmandat bedacht wurde ein Wirt aus Neffeland, der einem Arbeiter, der auf der Trinkerliste stehen soll, Getränke verabfolgt hatte. Da der Wirt den Mann nicht kannte, erhob er Einspruch und das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung.

### Aus den Vereinen.

Der Frauenbund hält morgen (Donnerstag) abend in der „Germanenhalle“ eine Versammlung ab, in der wichtige Angelegenheiten geregelt werden.

Die Gewerkschaftsvorstände werden ersucht, ihre Gewerkschaftsliste nach dem neuen Gewerkschaftsstatut („Friedensstatut“) laufend ditzulieren zu wollen. Gleichzeitig mögen die Gewerkschaften ihre Empfehlungsplakate nach dem neuen Entwurf.







### Haus-Verkauf.

Wünsche mein und meiner Frau gebrüder, von mir selbst bewohntes Haus mit großem, im besten Zustande befindlichen Garten, sowie pl. n. 3 Werten Landes, unter der Hand zu verkaufen. Das Haus grenzt direkt an der Chaussee nach Schortens und ist 5 Minuten vom Bahnhof Heidmühle entfernt.

Heinr. Heigler, Heidmühle.



#### Wissen Sie es schon?

Unter einjähriger Garantie repariert Uhren lauter, gut u. billig zu folg. Preisen: Neue Feder 1 Mk., laubereinigende 1 Mk., Feder u. Reinigen 1.50 Mk., Zylinder 2 Mk., Zeiger 15 Pf., Glas 15 Pf., Uhrschlüssel 5 Pf. Alle andere Reparaturen bill. Nur saub. gute Arbeit.

Geist Jordan, Uhrmacher, Bant, Neue Wilhelmshafen Straße 55

**Zu kaufen gesucht**  
ein großer Wäschekrank,  
ein Ausziehtisch,  
ein Schreibtisch. . . .  
Zu erfragen in der Expd. d. Bl.

### Achtung!

Neue Feder in Taschenuhr 1.25—1.50.  
Reparieren u. Reinigen mit  
1 Jahr Garantie . . . . . 2.00  
Nur Reinigen e. Taschenuhr 1.00.  
Neues Glas . . . . . 0.20.  
Neuer Zeiger . . . . . 0.20.  
Neue Kapfel . . . . . 0.20.

Sämtliche Reparaturen werden sauber u. prompt ausgeführt.

G. Märtens, Uhrmacher, Kopperhörn.

### An- u. Abmeldescheine

sind stets vorrätig in der Buchdruckerei von

Paul Hug & Co.  
Bant, Peterstraße 20/22.



### Nur 1 Mk.

loftet eine neue Feder in einer Taschenuhr Feder u. Reinigen 1.50. Neues Glas . . . . . 0.20. Neuer Zeiger . . . . . 0.20. Neue Kapfel . . . . . 0.20. Alle anderen Reparaturen gut u. billig bei vorheriger Preisangabe.

### H. Sandfuchs

Uhrmacher  
Mittlerlichstraße 4.

### Zu vermieten

bequeme drei- und vierzimmerige Wohnungen mit abgeschlossenen Korridor und Speisekammer von 12.50 Mark an.  
Bordumstraße 3.

### Zu vermieten

eine dreizimmerige Oberwohnung, Schmidtstraße 2.  
Heppens, 6. Noobr. 1905.  
H. P. Harms, Aukt.

### Billig zu vermieten

schöne zwei- und dreizimmerige Wohnungen im neuen Hause.  
H. Peters, Adolfsstr. 14.

### Gesucht zu Ostern

oder Mai 1906 ein Schmiedelehrling.  
Heinr. Havelkost, Schmied, Rindmoor, bei Schweiburg.



## An die geschätzten Leser des „Nordd. Volksblattes“!

Der Drang nach Wissen und Belehrung, der sich bei den Lesern unseres Blattes in so starkem Masse geltend macht, legt uns die Verpflichtung auf, an unserem Teile nach Möglichkeit dazu beizutragen, dass diesem Drange Genüge geleistet wird. Wir haben uns daher entschlossen, sogen. Prämien-Verkäufe zu veranstalten, die unseren Lesern namentlich als Weihnachtspräsent zu statten kommen dürften. Zu diesem Zwecke haben wir aus dem rühmlichst bekannten Verlage von J. H. W. Dietz Nachfolger in Stuttgart die Vorräte folgender populärer wissenschaftlicher und geschichtlicher Werke erworben, die wir den Lesern unseres Blattes zu nachstehenden, wesentlich herabgesetzten Preisen anbieten:

- |  |                      |   |
|--|----------------------|---|
| 1. Héritier, Die französische Revolution von 1848 . . . . .  | Ladenpreis: Mk. 6,50 | Vorzugspreis für unsere Leser: Mk. 2,50 |
| 2. Lissagaray, Die Geschichte der Kommune . . . . .          | „ 3,50               | „ 1,50                                  |
| 3. Briefe Lassalles an Marx . . . . .                        | „ 6,50               | „ 2,50                                  |
| <small>(Aparthe Ausgabe)</small>                             |                      |   |
| 4. Engels, Lage der arbeitenden Klassen in England . . . . . | „ 2,50               | „ 1,50                                  |
| 5. Lux, Cabet und der ikarische Kommunismus . . . . .        | „ 2,00               | „ 1,00                                  |

Zu Nr. 1 bemerken wir, dass es keine frischer und packender geschriebene Darstellung der Geschichtsepochen von der Restauration bis zum Zusammenbruch des zweiten Kaiserreichs gibt, als die von Héritier. Eine allgemein verständliche und glänzende Darstellung erfahren unter anderem: Die Restauration, Verfassungskämpfe, Juli-Revolution, Bourgeois-Königtum. Der Sozialismus in Frankreich während dieser Periode (die grossen Utopisten). Die zweite Republik nach der vorangegangenen Februar-Revolution und schließlich. Das zweite Kaiserreich und dessen Zusammenbruch. Das Buch ist reich illustriert.

Zu Nr. 2 Lissagaray, Kommune, schliesst hier direkt an. Das Buch wird in der Literatur als klassisch bezeichnet. Es ist gleichfalls mit guten Illustrationen versehen.

Zu Nr. 3 Die „Briefe Lassalles an Marx“ zeigen den Menschen Lassalle in einem ganz neuen Licht, als Marx' besten, treuesten Freund, der jederzeit ohne Gegenleistung immer von neuem hilfsbereit ist.

Zu Nr. 4 Wer die Kämpfe der Arbeiter gegen die Kornzölle kennen lernen will, der findet in dem Werke von Engels ein ausgezeichnetes Material. Desgleichen auch über die Organisationsfähigkeit der verschiedenen Staffeln in der Arbeiterschaft (Landarbeiter, Bergarbeiter, ungelernete und gelernete Arbeiter). Der klare Stil und die allgemeinverständliche Form des Verfassers haben noch auf jeden Parteigenossen, der sich entschloss, das Buch zu lesen, einen starken Einfluss ausgeübt und die Einsicht in die Konstruktion der Gesellschaft vertieft.

Zu Nr. 5 Das interessant geschriebene Buch gibt eine Geschichte der Cabetischen ikarischen kommunistischen Gemeinden. Es zeigt aber auch, dass die Verwirklichung des Kommunismus nur auf dem von der heutigen Sozialdemokratie eingeschlagenen Wege möglich ist.

Die Bücher sind sämtlich modern und dauerhaft gebunden und verleihen dadurch jeder Arbeiterbibliothek und jedem Arbeiterheim einen würdigen Schmuck. Zu Geschenken sind die Bücher vorzüglich geeignet.

Wir unterbreiten unseren Lesern vorstehendes mit der Bitte, von dieser günstigen Gelegenheit, ihren Bücherschatz für wenig Geld zu bereichern, ausgiebigen Gebrauch zu machen und uns bis 1. Dezember 1905 Aufträge zugehen zu lassen. Für Aufträge, die nach dem 1. Dezember eingehen, kann keine Gewähr für prompte Lieferung übernommen werden.

Bestellungen auf die Werke, von denen Probexemplare bei uns ausliegen, können unter Einzahlung des Betrages in unserer Expedition oder bei unseren Austrägern gemacht werden.

Für die Besorgung sind keinerlei Gebühren zu entrichten.

Hochachtungsvoll

## Verlag des „Norddeutschen Volksblattes“

Paul Hug & Co.



### Zu vermieten

eine vierzimm. erste Etagenwohnung auf sofort oder später ein Laden mit Wohnung.  
Biederstraße 30.

### Zu vermieten

eine vier- oder dreizimm. Wohnungen mit Balkon s. 14 Nr. an.  
H. Dicks, Mittlerlichstr. 31.

### Zu vermieten

eine dreizimmige Unterwohnung mit abgeschlossenen Korridor.  
Biederstraße 30.

### Zu vermieten

eine große dreizimmige Oberwohnung, Preis 13 Mark monatlich, und eine zweizimmige, 8 Mark monatlich.  
H. Wagner, Bant, Hafenstr. 16.

### Zu vermieten

eine dreizimmige Unterwohnung mit abgeschlossenen Korridor.  
Biederstraße 30.

### Zu vermieten

eine große dreizimmige Oberwohnung, Preis 13 Mark monatlich, und eine zweizimmige, 8 Mark monatlich.  
H. Wagner, Bant, Hafenstr. 16.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Bant-Wilhelmshafen). Der Arbeitsnachweis der Holzarbeiter befindet sich in der „Ritze“ zu Bant.

Arbeit wird nachweislich: Werktags von 7—8 Uhr abends, Sonntags von 10—11 Uhr vorm. Coent. Wünsche sind an Theodor Deitmers, Bant, Weichstraße 62, zu richten. Die Ortsverwaltung.

### Spar- u. Darlehnskasse

c. G. m. b. H.

### Wilhelmshaven.

Wir verleihen für Darlehen bei halbjähriger Rückzahlung 4 Prozent, fürst. Rückzahlung 3 Prozent, Bescherleber 2 1/2 Prozent. Besonders machen wir auf unsere Abteilung Sparkasse aufmerksam, die auch Rückzahlungen zur Benutzung freiließt. Raffleinst. 9—11 vorm., 4—6 nachm.

### Panorama.

15 Marktstraße 15, part.

Diese Woche ausgestellt: Sehr interessant!

### Eine Wanderung durch die Weltausstellung zu St. Louis

Jeden Tag von 10—10 Uhr geöffnet. Entree 30 Pf., Kinder 20 Pf., 5 Reiten 1 Mk.

### Oldenburger Konjum-Berein

Die verehrlichen Mitglieder werden dringend ersucht, monatlich die kleinen Marken gegen große in den verschiedenen Verkaufsstellen umzuwandeln. Der Vorstand.

### Telephonanschluss Nr. 218

erhielt

Dr. Bruder, Arzt  
Verl. Gökterstraße 26.

### Unter Garantie

für guten Gang werden Uhren gut und billig repariert bei vorheriger Preisangabe von Christian Grön  
Neue Wilh. Str. 10.

### Neuer Welt-Kalender 1906

liegt in Bestellung bei T. Dieringa, Norden.

### Nordenham.

### Bestellungen

auf: Norddeutsches Volksblatt  
Wahren Jakob  
Neue Welt-Kalender  
Neue Zeit  
Sohnjokern-Legende  
In freien Stunden  
sowie alle Parteischriften  
nimmt entgegen

### Wilh. Harms,

Schererstraße 7.

Wahrer Jakob,  
Südd. Postillon,  
In freien Stunden,  
Neuer Weltkalender  
und andere Parteischriften liefert  
Otto Becker  
Bant, Weichstraße 19.